

Bezugspreis
monatlich M.
im Geheimpolizei 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungshändler 10000.—
am Postamt 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Fernpreise:
2273. 3110.

Del.-Nr.: Tageblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausspernung hat der Bezieher einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheinung
an allen Werktagen.
Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenfeld innerhalb
Polens ... 250.— M.
Reklameteil 750.— M.

Für Aufträge { Millimeterzeile im Anzeigenfeld 250.— p. M.
aus Deutschland } Reklameteil 750.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Was vor sechs Jahren gesagt wurde.

Am 16. Februar 1917, nach der Gründung des kurzlebigen Königreichs Polen, sagte ein polnischer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus:

"Wir wünschen in Frieden und Eintracht mit den deutschen Mitbürgern zu leben; nur friedlicher und edler Wettkampf der beiden Nationen kann gegenseitige Achtung erzeugen und unsere Heimat zur Blüte bringen; religiöser und nationaler Kampf hat unserer Nation stets fern gelegen. Das Reich unserer Väter ist groß geworden durch freiwilligen Zusammenschluß verschiedener Nationen: Polen, Litauer, Weißrussen und der Deutschen der heutigen Provinz Preußen, die die treuesten Bürger in der Republik Polen waren und die sich sogar mit Waffengewalt gegen die Einverleibung in Preußen gewehrt haben. Die polnische Republik war stets ein Hort der Freiheit und ein Asyl für alle Verfolgten und Andersdenkenden, für Christen sowohl wie für Juden, namentlich während der Religionsverfolgungen. Polen haben überall in Europa ihr Blut für die Freiheit anderer Völker vergossen. Gegen diese schönste aller polnischen Traditionen haben sich die Polen seitens verständigt und werden sich auch heute nicht versündigen. Deshalb ist es ein Unsug, gegen uns den Vorwurf zu erheben, daß wir die mit uns zusammenwohnenden Deutschen irgendwie verfolgen oder verfolgen wollen. Das wäre eine Verküpfung gegen die edelsten Früchte polnischer Kultur. Ich wiederhole nochmals: Wir wünschen, als freie Bürger mit unseren deutschen Nachbarn in Frieden zu leben und nützbringende Arbeit zu verrichten, anstatt unsere Energie in dem fruchtbaren Nationalitätenkampf zu vergeuden."

So sprach — Herr Korsanty, als er noch Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses war, und daß er wirklich so sprach, beweist der stenographische Bericht über jene Sitzung (vgl. z. B.: "Die polnische Frage im Hause der Abgeordneten des preußischen Landtages zu Berlin. Nach stenographischen Berichten. Posen 1917. Druck und Verlag der Verlagsbuchdruckerei von Gebr. Winiewicz").

Wenn Worte Taten wären

Herr Korsanty erklärt:

Erstens: Nur friedlicher und edler Wettkampf der beiden Nationen (der Polen und der Deutschen) kann gegenseitige Achtung und Polen zur Blüte bringen.

Wenn das so ist: warum sucht man dann jetzt den deutschen Wettkampf auszuschalten? Warum hat man es dahin gebracht, daß so viele deutsche Unternehmungen ihre Tätigkeit einstellen müssten, daß so viele deutsche Kaufleute und Industrielle das Land verließen, daß so viele wirtschaftlich leistungsfähige Kräfte dem Lande verloren gingen? Arbeitet man damit nicht gegen das Aufblühen Polens?

Zweitens: Polen ("das Reich unserer Väter") ist groß geworden durch freiwilligen Zusammenschluß verschiedener Nationen.

Daraus folgt ganz klar und deutlich: Jenes Polen war ein Nationalitätenstaat, nicht ein Nationalstaat. Wenn das so ist, und wenn Polen als Nationalitätenstaat groß geworden ist: warum fürchtet man sich davor, zuzugeben, daß auch das jetzige Polen ein Nationalitätenstaat ist und sein muß?

Drittens: Die polnische Republik war stets ein starker Hort der Freiheit und ein Asyl für alle Verfolgten und Andersdenkenden, für Christen sowohl wie für Juden.

Wenn das so ist: Warum gibt es denn jetzt in Polen eine Bekämpfung "Andersdenkender" mit derartigen Waffen, wie sie der "Kurier Poznański" und ähnliche Blätter verwenden? Ist das keine Versündigung gegen die "schönsten aller polnischen Traditionen"?

Viertens: Es ist ein Unsug, gegen die Polen den Vorwurf zu erheben, daß sie die mit ihnen zusammenwohnenden Deutschen irgendwie verfolgen oder verfolgen wollen.

Das hat Herr Korsanty gesagt. Und dem braucht nichts hinzugefügt zu werden. Es braucht nur noch einmal hervorgehoben zu werden, was Herr Korsanty hinzusetzte: "Das (nämlich die Verfolgung der Deutschen) wäre eine Versündigung gegen die edelsten Früchte polnischer Kultur.

Fünftens: Die Polen wünschen, als freie Bürger mit ihren deutschen Nachbarn in Frieden zu leben und nützbringende Arbeit zu verrichten, anstatt ihre Energie in dem fruchtbaren Nationalitätenkampf zu vergeuden.

Wenn das so ist, und wenn die Deutschen dasselbe wünschen: wie kommt es dann, daß gerade in Polen so viel Energie in dem fruchtbaren Nationalitätenkampf vergeudet wird?

Besonders lehrreich aber ist, was Herr Korsanty am Schluss jener Rede sagte, nämlich:

"Es ist die oberste Pflicht jeder Regierung eines Kulturstates, Eintracht und Frieden unter den verschiedenen Nationalitäten zu fördern und ihnen volle Freiheit ihrer kulturellen Entwicklung zu gewähren."

Besser kann kein Deutscher zum Ausdruck bringen, was die Deutschen in Polen von jeder polnischen Regierung, als der Regierung eines Kulturstates, erwarten müssen, wenn sie von der Voraussetzung ausgehen, daß diese Regierung bereit ist, die oberste Pflicht zu erfüllen, von der Herr Korsanty so schön gesprochen hat — damals.

Bombenanschläge in Warschau und Łódź.

In Warschau.

Am Mittwoch wurde von unbekannter Hand in einem der Räume des Hauses, in dem sich die Redaktionen der "Rzeczpospolita", des "Swiat" und des "Kurier Polski" befinden, eine Bombe gelegt, deren Explosion starke Verstörungen anrichtete und zwei Personen durch Glassplitter verletzte. Am Tatort traf sofort Polizei ein. Die Untersuchung ist im Gange.

Zu derselben Zeit bemerkte ein in Gesellschaft des Redakteurs Strzelecki gehender Offizier auf den Stufen des Gebäudes, in dem sich die Redaktionen der "Gazeta Warszawska", der "Gazeta Warszawska", der "Mysz Narodowa" und der "Szopka" befinden, einen in Papier gewickelten schwelenden Gegenstand. Nach Besprengung mit Wasser und nach der Aufweichung zeigte sich eine starke Ladung von Phosphor.

Eine folgenreiche Bombenexplosion in der Warschauer Universität.

Am Donnerstag 9 Uhr abends explodierte im Warschauer Universitätsgebäude in den Räumen der "Bratnia Pomoc" eine Bombe. Zwei Säle der Bratnia Pomoc wurden demoliert. Dem 60 Jahre alten Professor der Statistik Drzemsłki wurden beide Beine abgerissen. Pro-

fessor Drzemsłki wurde beim Verlassen der Universität auf einen eigenwilligen Geruch auf den Treppen aufmerksam und begab sich deshalb nach dem Keller. Inzwischen erfolgte die Explosion und die Treppe stürzte ein. Der Professor fiel in den Keller und wurde nach einem Notverband ins St. Roch-Krankenhaus gebracht. Sein Zustand soll hoffnungslos sein.

Die Polizeibehörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet. Auf dem Tatort trafen u. a. Staatsanwaltschaft Höhner und Unterstaatsanwalt Michałowski ein. Der Anschlag auf die Universität hat in der Stadt Warschau ungeheuren Eindruck gemacht. Der Senat der Universität will die Universität auf einige Zeit schließen.

In Łódź

explodierte in den Räumen der Fachzeitschrift des polnischen Fleischerverbandes am Mittwoch eine von unbekannten Tätern gelegte Bombe. Es sollen 40 Scheiben gesprengt sein. Menschenopfer waren nicht zu beklagen.

Schutz der gefährdeten Redaktionen.

Nach einer Meldung des "Dziennik Poznański" sollen die von den Bombenanschlägen betroffenen Redaktionen Schutzmaßnahmen erhalten haben, die weitere Anschläge unmöglich machen sollen.

Die Kabinettssfrage.

Die Haltung der Piasten.

Nach einer Meldung des "Przeglad Poranny" soll in einer Versammlung der Piastenpartei beschlossen worden sei, dem Sejmklub bei der Abstimmung über den erwarteten Misstrauensvotum antrag freie Hand zu geben.

Die Nationale Arbeiterpartei

hat in ihrer Mittwochssitzung beschlossen, für das Haushaltsprovizatorium zu stimmen und der Regierung Siforski ein Vertrauensvotum zu geben.

Ausschluß eines Parteimitgliedes aus der Piasten- gruppe.

In der Donnerstagssitzung der Piastenpartei, an der auch die Oppositionsvertreter Dąbrowski und Wyszyński teilnahmen, wurde auch die Haltung der Parteiorgane besprochen. Der Redakteur der "Gazeta Ludowa", die den Gedanken der Verständigung mit den Rechtsparteien scharf bekämpft hat, der frühere Abgeordnete des verfassunggebenden Sejm und des Wilnaer Sejm, Adam Uzicko, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Beratungen über das Agrarreformministerium.

In der Mittwochssitzung der vereinigten Sejmussäße für Verwaltungsfragen und für Fragen der Landwirtschaft wurde der Gesetzentwurf über die Bildung eines Ministeriums für Fragen der Agrarreform angenommen. Daran befreite man den Gesetzentwurf über den Tätigkeitsbereich des Agrarreformministeriums. Es wurden die ersten beiden Artikel angenommen. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden. Hierzu gebeten zu werden verdient, daß der Abg. Poniatowski von der Wyzwoleniegruppe den Antrag stellte, daß die Boden-Pachtierung nur vom Staat und nicht von Privatgesellschaften durchgeführt werden solle. Der Antrag erlangte keine Mehrheit. Gegen ihn stimmten die Abgeordneten der Rechtsparteien und der Piasten. Der Antrag fiel mit 28 gegen 22 Stimmen.

Eine neue Maßnahme des Wojewoden von Pommern.

Durch Verfügung des Graudener Stadtpresidenten vom 23. Mai die sich auf ein Dekret der Wojewodschaft Pommern vom 11. Mai stützt, wurde der Deputatumsbund Graudenz geschlossen. Diese Maßnahme beruht sich auf den Paragraphen 7 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908.

Die Kommunistenunruhen im Ruhrgebiet.

Plünderung von Lebensmittelgeschäften.

In Gelsenkirchen

Ist es zu blutigen Lebensmittelkrawallen. Am 23. Mai in den Mittagsstunden war die Stadt der Schaulatz blutiger Kämpfe zwischen Kommunisten einerseits und dem seit der gewaltfamen Entfernung der Sicherheitspolizei durch die Franzosen eingefesteten Selbstschutz und der Feuerwehr andererseits. Die Bewegung bezweckte gewaltsame Heraufsetzung der Lebensmittelpreise. Die Menge nahm eine drohende Haltung ein. Aus allen Gegenden zogen größere Truppen Demonstrationen nach dem Innern der Stadt in die Hauptverkehrsstraßen. Die Feuerwehr war ohnmächtig und mußte sich, ebenso wie der Selbstschutz, in die Quartiere zurückziehen. Nun schlossen in aller Eile sämliche Geschäfte der Stadt. Gewaltsam wurden jetzt von den Demonstranten mehrere Geschäfte geöffnet und die Waren von einzelnen Personen an die Menge zu kostbilligen Preisen verkauft. Auf diese Weise waren in den späten Nachmittagsstunden viele Geschäfte völlig ausverlaufen. Unterdessen wurde der Zustrom aus den benachbarten Orten immer größer. Vor dem Hauptbahnhof und in den Seitenstraßen staute sich eine tausendköpfige Menge. Jetzt wurde der Selbstschutz und die Feuerwehr wiederum alarmiert. Ein großer Teil der Demonstranten zog vor das Polizeipräsidium und befreite gewaltsam einen verhafteten Arbeiter. Nun mehr ging die Feuerwehr und der Selbstschutz vor, und es gelang ihnen, die zum Polizeipräsidium führenden Straßen und den Platz vor ihm zu säubern. Aus der Ringstraße zogen nun plötzlich einige Hunderttausend Kommunisten mit Baumlatzen, Stöcken usw. bewaffnet in das Innere der Stadt. Es entwölfe sich zwischen der Polizei und dem Selbstschutz und den kommunistischen Hunderttausend ein heftiger Kampf, bei dem es Tote und Schwerverletzte gab. Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn wurde zertrümmt, ebenso ein Feuerwehrauto. Ein Teil der Verletzten wurde in der von den Franzosen eingerichteten Wache am Hauptpostamt verbunden. Die Franzosen griffen nicht ein. Sie beschränkten sich lediglich darauf, ihre Wachen zu verstärken.

In Dortmund machte sich am 23. abends wieder eine gewisse Erregung bemerkbar. Die Erwerbslosen zogen geschlossen nach ihren Versammlungsorten. Zu gleicher Zeit hielten die Kommunisten eine öffentliche Versammlung ab, in der zum Generalstreik aufgerufen wurde. Doch wurde betont, daß die Streikbewegung nicht auf den Dortmunder Bezirk beschränkt bleiben dürfe, sondern auf ganz Rheinland und Westfalen ausgedehnt werden müsse. Nach der Versammlung kam es nur zu einigen kleineren Zwischenfällen. Die Haltung der kaum etwas über 200 Mann zählenden blauen Polizei in Dortmund wird als hervorragend bezeichnet.

Auch in Bochum

versuchten die Kommunisten die allgemeine Streikparole durchzuführen. In einer von 8000 Mann besuchten Versammlung wurden die Dortmunder Forderungen verteidigt und der Streik für ganz Rheinland und Westfalen in Aussicht gestellt.

Die Bergarbeiterverbände,

darunter auch die polnische Bergarbeitervereinigung, nahmen schrift gegen den Kommunismus Stellung. In einem Aufruf erklären sie, daß durch eine systematische Befreiungsarbeit russischer Sendling versucht werde, die Kraft der Gewerkschaften und Organisationen zu schwächen. In Frankreich und Italien seien infolge der kommunistischen Ausschreitungen die sozialistischen Organisationen fast völlig zerstört. Dort herrscht der faschismus als Ergebnis des kommunistischen Kampfes. Vor allem die Geschäfte der französisch-belgischen Gewaltpolitik und der Militaristen werden durch die Kommunisten besorgt.

Ermordung eines deutschen Kommunisten durch Franzosen.

Bei der Versammlung der kommunistischen Jugend in Essen am Pfingstsonntag wurde man auf zwei Personen aufmerksam, die sich auffällig benahmen. Es entstand der Verdacht, daß sie sich als Spies in die Versammlung einfühlen. Man suchte die beiden aus dem Saal hinauszudringen. Plötzlich zog einer der beiden einen Revolver und feuerte mehrere Schüsse ab, wodurch ein junger Mann aus der Versammlung getötet wurde. Der Toter suchte mit seinem Begleiter zu entkommen. Einer von den beiden wurde noch im Saalbau ergriffen und verprügelt. Der andere wurde auf der Straße eingeholt und niedergeschlagen. In den Taschen der beiden fand man französische Ausweise. Beide wurden zum Kohlenhäftelat gebracht. — Sonst schien die Franzosen immer der Meinung, daß die Bestrebungen der Kommunisten ihren Plänen förderlich seien. D. Schrift.

Der deutsche Kommunist Höllein noch immer in Haft.

Der deutsche kommunistische Abgeordnete Höllein und der französische Kommunist Verzi, die seit Anfang Mai im Hungerstreik stehen, wurden in ein Pariser Hospital übergefahren, da ihr Gesundheitszustand zu Besorgnissen Anlaß gab. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Ausspernung hat der Bezieher einen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Zwei deutsche Interpellationen.

Interpellation

des Abg. Graeve und anderer Abgeordneter von der deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Innenminister betr. das Verbot von deutschen Theatervorstellungen in Soldau.

Für den 15. April d. Js. hatte die deutsche Bühne in Thorn eine Theatervorstellung mit dem Lustspiel in 3 Akten "Das Tempore" von Hans Sturm und Moritz Färber vorbereitet. Am 10. April d. Js. wurde seitens Soldauer Bürger deutscher Nationalität beim Magistrat in Soldau unter Überreichung des Textes des aufzuführenden Stücks die Aufführungsgenehmigung nachgesucht; am 18. April d. Js. erfolgte das Verbot der Aufführung seitens des Herrn Starosten von Soldau mit der Begründung, daß auswärtigen Darstellern die Genehmigung zur Aufführung von Theaterstücken nicht erteilt werden könne. Die Angabe, auf Grund welchen Gesetzes die Ablehnung erfolgte, fehlt. Die deutsche Bühne aus Thorn ist eine freie Vereinigung von Dilettanten, die Theateraufführungen nicht berufsmäßig betreibt. Die Mitglieder unterziehen sich der Arbeit und Mühe aus Liebe zur Kunst und zur Pflege deutsch-polnischer Kultur, die der deutschen Minderheit in der Verfassung gewährleistet ist.

Wir fragen daher den Herrn Minister des Innern:

1. Ist ihm diese Maßnahme des Herrn Starosten in Soldau bekannt?
2. Ist er bereit Anordnungen zu treffen, daß in Zukunft Verbote von nachgeordneten Behörden zur Veranstellung deutscher Theatervorstellungen unterbleiben?

Warschau, den 28. Mai 1923.

Die Interpellanten.

Interpellation

der Abg. Piesch, Frans und der übrigen Mitglieder der Deutschen Vereinigung im Sejm, an den Herrn Minister für Arbeit und soziale Fürsorge wegen der Auflösung der in Bielitz seit der Regierungszeit der Rada Narodowa dla Śląska Cieszyńskiego und der alliierten Plebisizkommission bestehenden Pensionsanstalt zur selbständigen Durchführung der Angestelltenpensionsversicherung im Teschener Teil der Wojewodschaft Schlesien.

Der Herr Minister für Arbeit und soziale Fürsorge hat mit seinem undatierten Reskript vom April 1923, Nr. 660/VII mit dem 1. Mai 1923 die Auflösung des in Bielitz seit der Regierungszeit der Rada Narodowa dla Śląska Cieszyńskiego und der alliierten Plebisizkommission bestehenden Pensionsanstalt zur selbständigen Durchführung der Angestelltenpensionsversicherung im Teschener Teil der Schlesischen Wojewodschaft sowie die Übernahme deren Geschäfte durch die Lemberger Pensionsanstalt angeordnet.

Der Herr Minister Narowski hat dieses Reskript in dem Monat eigenhändig unterschrieben, als ihm eine mit seitens der Schlesischen Wojewodschaft-Sejm von allen Parteien am 14. März 1923 einmütig gefaßte Entschließung zuging, mit welcher der Schles. Sejm festgestellt hat, daß ihm im Sinne der Bestimmung des Art. 7 des als Staatsgrundgesetz beschlossenen Autonomiegesetzes das Recht und die Zuständigkeit zur gesetzlichen Regelung dieser sozialen Frage zugeht und den Willen kundgab die Bielitzer Pensionsanstalt als Schlesische Institution der bestehenden Sozialversicherungsanstalt der Wojewodschaft Schlesien in Königshütte einzubilden.

Hierdurch hat der Herr Minister einen Kompetenzkonflikt herborgerufen und den schles. Sejm durch seine Verfügung brüskiert; er, der als einer der ersten Beamten der Republik bestehen ist, bestehende Staatsgrundgesetze und deren Bestimmungen hochzuhalten.

Hierbei muß festgestellt werden, daß diese Verfügung des Herrn Ministers aber auch den Interessen sowohl der verjüngten Angestellten als auch deren Dienstgeber zuwidert, wie diese in vielen hochoffiziellen Konferenzen der beteiligten Parteien ausdrücklich verbrieft worden ist. Insbesondere entzieht der Herr Minister mit seiner unberechtigten Verfügung der obersteile Industrie und dem Handel ein nicht unbedeutendes Kapital, welches mit den Prämienreserven diesem diente und jetzt nach dem industriearmen aber dafür sehr beamtenreichen Lemberg abwandern und so nebenbei auch zur Bezahlung von in Wartburg angelaufsten Bauplänen neben dem Hotel Bristol herhalten soll.

Der Teschener Teil der Wojewodschaft ist trotz des Pariser Teilstaates dennoch ein "teren poprzepłycyty", der bis zum Entstehen der Schles. Wojewodschaft im Sinne des Autonomiegesetzes für Schlesien durch eine besondere Regierungskommission regiert worden ist, der unter anderm das Recht zustand die polnischen Gesetze für das Teschener Land zu promulgiert. Diese Kommission hat bis auf den heutigen Tag die Novelle zum alten österr. Pensionsversicherungsgesetz vom 10. Juli 1921 nicht hinzugemacht und verpflichtet dasselbe nicht auf den mehrverwalteten polnischen Gebieten. Es hat demnach auch der Herr Minister für

frau Else.

Die Geschichte einer Ehe.

Bon L. v. Rohrscheidt.

(29. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

"Wer weiß, ob das Leben uns jemals wieder zusammenführt," sagte er zu der jungen Frau. "Da will ich heute noch die Erinnerung erstehen lassen an den Stundenball in der Freiburger Aula, wo Sie und uns alle gleich durch Ihr Tanzen bezauberten. Erinnern Sie sich noch?"

"Es blieb der einzige Ball in meiner Mädchenzeit," erwiderte Else, "den vergißt man nicht."

Der Großherzog war kein geübter Tänzer, aber mit Frau Else nicht tanzen zu können war eine Unmöglichkeit; unwillkürlich teilte sie ihrem Partner etwas von ihrer Begabung mit, die jeden Nerv bei ihr belebte. Die Kavalleriekapelle spielte einen feurigen Walzer. Am liebsten hätte der Fürst sie nicht mehr losgelassen; in Ewigkeit hätte er weiter mit ihr durch den Saal schwanken mögen. Die anderen Paare hatten sich zurückgezogen, solange der Fürst tanzte.

Else wurde der Mittelpunkt des Festes, die Auszeichnung, mit der der hohe Chef sie behandelte, fiel allgemein auf. Jemand sprach von einer früheren Bekanntschaft, und daß sie in Freiburg von ihm den Namen "Schneewittchen" bekommen hätte. Ja, wirklich! Sie sah aus wie das holde Königkind im Märchen. Der glänzende Atlas unter dem kostbaren Spitzkleid schimmerte nicht so schneig wie ihre alabasterweiße Haut, und schwarz wie Ebenholz war der lodiße Scheitel, den nur eine blaße Rose schmückte. Wie lebt sie heute war, wie sie plaudern konnte; sie blühte ja ordentlich auf unter dem Strahl der Fürstengunst!

Rainer hörte manche dieser Bemerkungen; sie gaben ihm einen Stich ins Herz. Bei dem Abendessen an kleinen Tischen wurde der Großherzog nach seinen Wünschen gefragt; er bestimmte, daß neben den höchsten Würdenträgern auch seine liebenswürdige Witwe ihren Platz erhielte.

Arbeit und soziale Fürsorge nicht die Berechtigung auf Grund dieses Gesetzes solche drakonische Verfügung zu erlassen.

Die Unterzeichneten stellen deshalb die Anfrage:

1. Ist der Herr Minister auf Grund des vorliegenden Sachverhaltes entschlossen die unseres Erachtens nach irrtümlich erlassene Verordnung vom April 1923, Nr. 660/VII zurückzuziehen?
2. Ist der Herr Minister geneigt, in kürzester Zeit eine Verordnung zu erlassen, die die Ausnahmestellung der in der Wojewodschaft Schlesien bestehenden Sozialversicherungsanstalt Sitz Königshütte anzuerkennen?
3. Ist der Herr Minister geneigt in kürzester Frist den Anschluß der im ehem. österr. schlesischen Teile gelegenen Privatbeamten-Pensionsversicherungsanstalt für das Teschener Schlesien an die Sozialversicherungsanstalt, Sitz Königshütte, anzurufen?

Warschau, den 28. Mai 1923.

Die Interpellanten.

Aus den Sejm ausgeschlossen.

In der Donnerstagssitzung des Sejm ausgeschlossen für Handel und Industrie berichtete Abg. Rudnicki von der Biestenpartei den Gesetzentwurf über die Geschäftsfächer mit beschränkter Haftpflicht. Es wurde der Grundatz angenommen, daß die Höhe des Anteilkapitals nicht durch das Gesetz beschränkt wird. Als Minimum des Anlagekapitals wurde die Summe von 2000 Zloty bestimmt. Nach der Aussprache wurden die ersten 5 Artikel angenommen. Es wurde dann ein Unterabschnitt gewählt, der die weiteren Artikel des Entwurfs einer grundlichen Überprüfung unterziehen soll. In diesen Abschnitt wurden die Abgeordneten Rudnicki, Chelmowski, Seyda, Wissick, Dunin, Piechocki und Dymowski gewählt.

Der Unterausschuß für den Wiederaufbau des Landes beschloß in seiner Donnerstagssitzung die Tätigkeit der Generalaufbaudirektion. Nach Kenntnisnahme des Besitzes des Ausschusses befindlichen Materials setzte eine Diskussion ein, die mit der Annahme folgenden Antrages endete: "Der Unterausschuß bemerkt, daß die bisherige Wiederaufbauaktion nicht die gewünschten Resultate gezeigt hat. Er erklärt deshalb, daß grundlegende Anänderungen im Wiederaufbau in der Richtung verlaufen müssen, daß sie die Wiederaufbauaktion in eine im Interesse der Staatsfinanzen erwünschtes Fahrwasser gebracht wird." Der Unterausschuß erkennt die Notwendigkeit zu einer anderen Form der Staatsbeihilfe überzugehen.

Die Zlotybonds.

Der Emissionspreis der sechsprozentigen Zlotybonds Serie I A, I B und I C ist mit Gültigkeit vom 24. Mai auf 8500 Mark für den Zloty festgesetzt worden.

Der Aprilertrag der Zlotybonds.

Die Zlotybonds haben im Monat April mehr als hundert Milliarden Mark eingebracht. Man erwartet für Mai eine bedeutende Vermehrung.

Wieder ein Presseprozeß.

Die Bromberger "Deutsche Rundschau" berichtet:

Vor der Strafammer des Bezirksgerichts Stargard hatte sich am 22. Mai der frühere Hauptchristleiter der Bromberger "Deutschen Nachrichten", Herr Alfred Loake, jetzt in Grudziądz, zu verantworten. Er hatte in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember v. J. die damalige "Dirschauer Zeitung" als verantwortlicher Hauptchristleiter redigiert. Die Anklage richtete sich gegen vier Artikel, welche während des Wahlkampfes (Oktober-November v. J.) in genanntem Blatt zum Abdruck gelangt, inzwischen aber schon längst in Vergessenheit geraten sind. Sie stützt sich auf den bereits zur Verüchtigkeit geraten § 181 St.-G.-V. (Verbreitung von Tatsachen, von denen man weiß, daß sie entstellt oder unwahr sind). Es handelt sich: 1. um einen Nachdruck eines Artikels aus der in Lemberg erscheinenden "Nowiny Codzienne" mit der Überschrift "Die Ukrainer für die Liste 16", 2. um einen Wahlaufruf des "Zentralwahlkomitees des Blocks der Nationalitäts minderheiten des polnischen Freistaats", 3. um einen Artikel über die Wahlversammlungen im Kreise Puścig und 4. um einen Wahlaufruf an die deutschen Wähler in Pommerellen, bei der Senatswahl für die Liste 7 zu stimmen. In letzterem Fall war der Ausdruck "angeblicher Formfehler" Gegenstand des Anstoßes.

Der Angeklagte wies zunächst darauf hin, daß die intrinsischen Artikel kurz vor den Parlamentswahlen zum Abdruck gelangten, einer Zeit, wo bekanntlich die politischen Wellen hoch zu gebahn pflegten und die öffentlich ausgesprochenen Worte leichter wiegen. Schon aus diesem Grunde müßten sie im denkbar mindesten Lichte erscheinen. Dann bestritt der Angeklagte ent-

schieden, bewußt unwahre oder entstellt Tatsachen verbreitet zu haben. Er wäre im Gegenteil davon überzeugt gewesen (und müßte es schließlich sein), daß die behaupteten Dinge nicht im Widerspruch zur Wahrheit stehen. Sollten trotzdem Tatsachen unterlaufen sein, welche sich nicht beweisen ließen, so säme dann nur Fahrlässigkeit in Frage, und für diese Eventualität nehme Angeklagter die Wohltat des § 21 Absatz 2 des Preßegesetzes in Anspruch, der besagt, daß verantwortliche Redakteure sich von der Beschuldigung der Fahrlässigkeit durch Nennung des Vordermannes befreien. Letzterer ist der Verfasser oder Einsender, mit dessen Einwilligung die Veröffentlichung geschehen ist. Einen Vordermann nachweisen heißt, durch geeignete Beweismittel dem Richter glaubhaft machen, daß die als Vordermann bezeichnete Person die Verantwortung für den intrinsierten Artikel zu tragen hat. Von Seiten des Angeklagten wurden für drei Fälle auch derartige Vordermänner namhaft gemacht. Seitens des Verteidigers, Herr Rechtsanwalt Jacobson, wurde außerdem der Beweisantrag gestellt, den Verfasser des Buchiger Artikels, Herr Dr. Krull in Dirschau, darüber zu vernehmen, daß er dem Angeklagten auf seine Frage ausdrücklich verriet habe, daß die im genannten Artikel erwähnten Behauptungen erweislich wahr seien, Herr Loake also unmöglich wissenschaftlich unwahre oder entstellt Tatsachen über die Buchiger Wählerversammlungen verbreitet habe. Nach längerer Beratung wurde dieser Antrag leider wider Erwarten abgelehnt.

In längerer Rede suchte nun der Staatsanwalt daran, daß der dolus aus § 181 in allen vier Fällen festgestellt sei; er beantragte demzufolge eine Gesamtstrafe von sechs Wochen Gefängnis. Der Verteidiger machte ganz besonders darauf aufmerksam, daß ein Verstoß gegen § 181 juristisch schwer nachzuweisen sei. Er zog auch den § 20 des Preßegesetzes heran, welcher u. a. besagt, daß bei einer periodischen Druckschrift der verantwortliche Redakteur zu bestrafen ist außer dann, wenn durch besondere Umstände die Annahme seiner Täterschaft ausgeschlossen ist. Das trafe hier zu. Wenn das Gericht überhaupt zu einer Verurteilung käme, so könnte es sich nur um eine Geldstrafe handeln.

Nach verhältnismäßig kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen § 181 St.-G.-V. in zwei Fällen (Ukrainer-Artikel und Aufruf des Centralwahlkomitees) zu vier bzw. zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Wegen des Buchiger Artikels erfolgte Verurteilung wegen öffentlicher Verleidigung des Buchiger Starosten (weshalb aber nicht Anklage erhoben war) zu einer Woche Gefängnis. Wegen des Ausdrucks "angeblicher Formfehler" erfolgte Freisprechung. Die Gesamtstrafe wurde auf sechs Wochen festgesetzt. Gegen dieses Urteil ist Revision angemeldet.

Neues Verbot einer Danziger Zeitung.

Dem "Danziger Volksblatt" wurde das Postesbit für Polen entzogen mit der Begründung, daß dieses Blatt seit längerer Zeit öffentlich veröffentlicht, die die Verhältnisse in Polen in fälschlich dargestellt und Nachrichten über Polen verbreitet, die der Wahrheit nicht entsprechen.

Aus der polnischen Presse.

Noch ein deutscher Schulze.

Der "Kurier Poznański" teilt in seiner Nr. 116 entseht mit:

"Nicht nur in Paczkow im Kreise Posen-Ost ist das Schulzenamt in den Händen eines Deutschen. Der Kreis Posen-Ost hat noch mehr solcher glücklicher Gemeinden. In Głownie, dicht bei Posen, wurde am Sonntag, dem 13. Mai, der Deutsche Brauer zum Schulzen gewählt. Wohl mit deutscher Stimmen? Durchaus nicht. In der ganzen Gemeinde sind nur drei deutsche Ansiedlungen; eine von diesen drei Familien war außerdem nicht stimmberechtigt, da sie neu zugezogen war. Und trotzdem erhielt der Deutsche Brauer von 32 abgegebenen Stimmen (die Beteiligung war schwach) 15. Der polnische Kandidat, Bielinski, erhielt 14 Stimmen, drei Stimmen waren ungültig. So wurde mit einer Stimme Mehrheit der Deutsche Schulzen gewählt."

Die Schweizer Antwort an Tschitscherin.

Der Schweizer Bundesrat erklärte in einer Note an Tschitscherin, in Beantwortung der Vorwürfe der Schweizer in einer Note, daß die russische Delegation sich ihren offiziellen Charakter selbst zugeschrieben habe und sonst von keiner Seite anerkannt gemeine sei. Die Delegation hätte unter diesen Umständen keinen Anspruch gehabt auf besonderen Schutz. Die Beurteilung des Mörders werde auf geheimer Weise von den schweizer Behörden vorgenommen werden. Die Regierung werde über keinen fremden Druck dabei berücksichtigen.

Nach Laufanner Meldungen dürften die Untersuchung wahrscheinlich zur Verhaftung eines bekannten Russen in Bern führen. Die Schweizer Polizei soll die Überzeugung gewonnen haben, daß der Mörder Woronowsky in engen Beziehungen zu einer Organisation früherer russischer Offiziere steht und daß diese Organisation über große Mittel bei einer Genfer Bank verfügt.

wurden; und seinen schwarzen Kaffee wollte er haben; das war so gemütlich.

Die Mama besorgte sofort die silberne Kaffeemaschine und nahm sich nicht einmal Zeit, ihr Kleid zu wechseln; der Hausherr durfte nicht warten.

Er lag recht bequem im Lehnsstuhl und zwang seine Frau, auf seinen Knien zu sitzen. — Ehren und Bewunderung sind heute abend genug auf Deinen Schwarzkopf gehäuft worden, Du wunderliches kleines Ding," sagte er. "Heute möchte ich einmal hören, wie sie über mich herziehen, die Weiberchen natürlich nur! Der Platz am Tisch Seiner Königlichen Hoheit, den Rosenstrauss, den er Dir brachte, gönnt Dir doch keine. Und dabei ist es Dir im Grunde Deiner Seele so ganz gleichgültig, nicht wahr?"

"Vollkommen! Die sogenannte Bewunderung ebenso wie der von Dir vermutete Neid."

Er zupfte sie am rosigen Ohr. "Ja, ein Querkopf bist Du einmal; weiß Gott, ich hab's schwer genug bei Dir: immer mußt Du etwas anderes wollen als andere Frauen!"

"Wie schön ist es, eine so innerlich selbständige Natur zu sein bei solcher Jugend!" warf Rainer ein.

Frau von Biegeleben, die ihrem ältesten Sohn eine zweite Tasse Kaffee brachte, erschrak vor dem Blick heißer Bewunderung in Rainers Augen und dem Ausdruck noch unbewußter, aber grenzenloser Hingabe, mit dem die junge Frau seinen Blick erwiderte.

Der Rittmeister gähnte herhaft; er hatte noch mehrere Kognaks getrunken. Er griff nach der Flasche, um sich das vierte Gläschen einzuziehen, aber Rainer zog sie ihm mit schnellem Griff fort.

"Du hast reichlich getrunken. Dicker, vergiß nicht, daß Du morgen früh noch die Rennbahn mit mir abgaloppieren mußt, wenn ich den Jimbo zum Damenspal reiten soll."

Der Rittmeister brummte noch etwas Unverständliches, fügte sich aber merkwürdigweise.

Dann begaben sich alle zur Ruhe.

(Fortsetzung folgt.)

Rainer trat neben Else, die ihn mit ihrem frohen Kinderlächeln grüßte.

"Freust Du Dich so sehr auf das Mahl?" fragte er etwas vorwurfsvoll. "Du siehst so heiter aus!"

"Ich hatte auch einen sehr hübschen Gedanken."

"Darf man ihn erfahren?"

"Eigentlich hat „man“ es heute nicht verdient, weil „man“ ganz grundlos verstimmt ist; aber Gnade geht vor Recht; ich freue mich so in der Gewissheit, daß von morgen an endlich Ruhe eintritt und wir nicht mehr im Mußizieren gestört werden."

"Ist das wirklich wahr?" Über sein ernstes Gesicht flog ein frisches Leuchten. "Das war das Liebste, was Du mir sagen konntest!" Sein Blick ruhte so innig auf ihr, daß sie in plötzlicher Verwirrung die Augen niederschlug.

"Wie seltsam bist Du heute, Rainer!"

Schneewittchen, ich möchte Dich in den gläsernen Sarg schließen, daß niemand mehr zu Dir heran kann, keiner mehr mit Dir tanzen. Du sollst nicht allen anderen Leuten gehören, Du sollst nur für Deinen Bruder da sein."

Der warme Ton seiner tiefen Stimme,

Baldwin bildet ein Kabinett.

Nach der Ernennung Baldwins zum Ministerpräsidenten stand es zunächst keineswegs fest, ob Lord Curzon den Posten des Außenministers unter Baldwin zu behalten beabsichtigte. Lord Curzon soll seine Überzeugung als Premier als schwere Zurückstellung empfunden haben. Sein Zurücktreten hätte aber die englische Außenpolitik vor groÙe Schwierigkeiten gestellt, denn Lord Curzon hätte drei unerledigte Fragen von größter Wichtigkeit ungelöst hinterlassen, nämlich die deutsch-französischen Beziehungen, die Beziehungen zu Russland und den Friedensschluß mit der Türkei. Da Baldwin noch keine diplomatische Erfahrung besitzt, so wäre dies schwer ins Gewicht gefallen. Aus diesem Grunde haben es der König, die öffentliche Meinung und die Presse Lord Curzon denkbar erleichtert, sein Amt zu behalten. Baldwin wurde in der Presse, um Curzon zu schonen, weniger herzlich begrüßt, als es dem allgemeinen Empfinden entsprach. Jedenfalls hat sich Lord Curzon jetzt offiziell zur Übernahme des Außenamtes im Kabinett Baldwin bereit erklärt. Nach wie vor ist mit einer gewissen überragenden Stellung des Außenministers im englischen Kabinett zu rechnen. Im übrigen sind bereits festgelegt: Lord Derby als Kriegsminister, Sir Samuel Hoare für Luftschiffahrt. Die Wahl des Schatzkanzlers macht Baldwin Schwierigkeiten. Sir Robert Horne soll diese Stellung abgelehnt haben. Er möchte, um wieder ein Staatsamt anzunehmen, große finanzielle Opfer bringen, z. B. seine neue Stellung als Aufsichtsratsmitglied der Suezkanalgesellschaft aufzugeben. Man spricht auch von einem Eintritt Lord Robert Cecils und Außen Chamberlain's in das Kabinett.

In Londoner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Baldwin im großen und ganzen die Politik seines Vorgängers beibehalten wird. Man kann immer wieder hören, er besitzt auch als Persönlichkeit große Ähnlichkeit mit Bonar Law. „Er ist ein zweiter Bonar Law“, äußerte sich ein Londoner Politiker. Nur in bezug auf die englisch-russischen Beziehungen erwartet man eine leichte Verschiebung zugunsten der Russen; denn in dieser Frage dürfte Baldwin weniger scharf sein als Lord Curzon. Nach der Ansicht von Londoner politischen Kreisen würde die Berufung Baldwins auch keine Veränderung der Lage Deutschlands bedeuten. Baldwin sei Geschäftsmann und werde die Reparationsfrage und die Besetzung der Ruhr vom Standpunkt des Geschäftsmannes aus prüfen.

In den Vereinigten Staaten herrscht, wie der „New York Herald“ meint, Befriedigung über die Ernennung Baldwins, der sich bei den Washingtoner Verhandlungen über die Regelung der englischen Schulden an Amerika drüben sehr beliebt gemacht hat.

Die Aufnahme in Paris.

In politischen Kreisen am Quai d'Orsay und der Kammer werden mit Baldwins Regierungseintritt große Erwartungen verbunden. Er habe niemals etwas gesagt, was die französische Empfindung verletzen könnte. Er habe auch seine abweichenden Ansichten immer mit der größten Höflichkeit ausgedrückt. Er sei der beste Fortsetzer der maskulinen Politik Bonar Laws und diesem sogar noch überlegen, weil er sehr gebildig und widerstandsfähig ist. Bei einigen französischen Blättern wird eine gewisse Enttäuschung geäußert, daß Lord Curzon Außenminister bleibt. Das „Journal des Débats“ meint, daß sich Frankreich unter den jetzigen Umständen auf entscheidende Auseinandersetzungen mit dem englischen Kabinett vorbereiten müsse, und daß es gut sein würde, wenn man den in außenpolitischen Dingen noch unerfahrenen Baldwin möglichst rasch austäre. Baldwin richtete an Poincaré ein Telegramm, in dem er seine Hoffnung auf die Fortdauer herzlicher Beziehungen und die Aufrechterhaltung der Entente ausspricht. Poincaré erwiderte im gleichen Sinne.

Verzögerung des neuen deutschen Angebots

Irgend welche entscheidenden Besprechungen über das neue deutsche Angebot haben noch nicht stattgefunden. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß der englische Kabinettswchsel die deutsche Regierung vorläufig zur Zurückhaltung verpflichtet. Man legt allerdings Wert darauf, festzustellen, daß diese Verzögerung keineswegs von Deutschland begrüßt werde, aber eine notwendige Folge des Rücktritts des englischen Premierministers sei.

Nach einer Meldung der „Press. Big.“ aus London sollen die deutschen Rückfragen über die englische Reparationsnote in Berlin bei Lord D'Abernon und im Londoner Auswärtigen Amt zu einem befriedigenden Abschluß gelangt sein, so daß die deutsche Regierung jetzt an die Ausarbeitung des Wortlaufs der deutschen Note gegen könne. Diese neue Note werde zwar keine höheren Endziffern enthalten, wohl aber die von Lord Curzon geforderten weitgehenden Garantien der deutschen Industrie. Nach der gleichen Meldung wird in Londoner diplomatischen Kreisen angenommen, daß England, Belgien und Italien einen sehr starken Druck auf Frankreich ausüben werden, um Frankreich zur Teilnahme an einer interalliierten Besprechung über die neue deutsche Note zu bewegen. Werde Frankreich sich damit ausreden, daß die deutsche Ziffer nach wie vor ungenugend sei, so werden die Alliierten demgegenüber darlegen, daß alle Länder der Entente einschließlich Frankreichs der Ansicht seien, daß Deutschland die zuletzt festgestellte Reparationssumme von 182 Milliarden nicht zahlen könne. Wenn diese Ansicht aber vorhanden sei, so seien die Mächte der Entente verpflichtet, auf neue die deutsche Zahlungsfähigkeit festlegen zu lassen. Diese Feststellung könne am besten durch einen von der Reparationskommission ernannten Ausschuß allererster, amerikanischer und neutraler Sachverständiger erfolgen.

Berlin und London.

Die „Wall Street Gazette“ schreibt: Wichtige diplomatische Verhandlungen wurden einerseits zwischen dem deutschen Botschafter in London, Dr. Stahmer, und dem englischen Auswärtigen Amt und andererseits zwischen dem englischen Botschafter in Berlin und der Reichsregierung abgeschlossen. Die Verhandlungen bezogen sich auf das neue deutsche Reparationsangebot. Ihr Ergebnis bestehet darin, daß die neue deutsche Note, die für Ende der Woche erwartet wird, wie Dr. Stahmer Lord Curzon versichert hat, in den bisher als unzureichend bezeichneten Punkten genauer sein wird als die erste.

Die Reparations-Kommission

veröffentlicht ihre halbjährliche Statistik über den Stand der deutschen Reparationsleistungen. Sie bezifert die deutschen Leistungen bis zum 31. Dezember 1922 mit rund acht Milliarden Goldmark, die sich wie folgt verteilen:

Barzahlungen 1 878 513 000 Mark,
Sachlieferungen 3 425 006 000,

abgeretteter Staatsbeutel 2 553 910 000,

Tresoreinnahmen 13 Millionen Mark.

Bon diesem Gesamtbetrag von 7 910 426 000 Mark hat die Reparationskommission unter die empfangsberechtigten alliierten Mächte 5 154 257 000 Goldmark verteilt. Nach Abzug der prioritär berechtigten Kohlenvorschüsse auf Grund des Abkommens von Spaß

in Höhe von 392 216 000 und der Besiegungskosten in Höhe von 2 448 145 000 Goldmark verblieben zur Verteilung unter die Alliierten 2 343 875 000 Goldmark.

Der französische Anteil an den deutschen Leistungen bis 31. Dezember 1922 beträgt nach den Angaben der Reparationskommission 1 728 803 000 Goldmark, der sich wie folgt verteilt. Rückstättung der Vorläufe von Svaa 238 771 000, Besiegungskosten 1 261 001 000, verfügbarer Saldo 291 031 000 Goldmark. — Wie man sieht, war die bisherige Rammerei des Herrn Dubois, des früheren Präsidenten der Reparationskommission, durchaus auf Unwahrheit aufgebaut. Hatte er doch behauptet, daß Deutschland überhaupt noch nichts gezahlt habe. Die Schriftleitung.

Die Lage im Orient.

Die Brücke bei Adrianopel vom Blitz in die Luft gesprengt?

Wie „Reuter“ aus Athen amtlich meldet, ist die Brücke, die Adrianopel und Konstantinopel verbindet, nicht, wie gestern gemeldet, von den Türken vorsätzlich in die Luft gesprengt worden, sondern sie war für alle Fälle unterminiert und ist während eines Gewitters, anscheinend infolge Blitzschlags, in die Luft geslogen. Die Brücke dient nicht dem Eisenbahnbetrieb.

Sowjetrußland.

Neue Außenhandelsbestimmungen.

Die Sowjetregierung hat neue Regeln über die Festsetzung von Ein- und Ausfuhrkontingenten und die Erteilung von Außenhandelslizenzen erlassen, welche die bisherigen einschlägigen Verordnungen systematisieren und einige Neuerungen bringen. Die festgesetzten Ausfuhrkontingente werden von dem Außenhandelskommissariat und seinen lokalen Organisationen unter den Staatsorganen, Genossenschaften und zu Ausfuhroperationen berechtigten Gesellschaften verteilt, wobei die Übernahme eines Anteils eine Ausfuhrpflicht bedeutet. Die Einfuhrkontingente werden zwischen den zu selbständigen Einläufen berechtigten Staatsorganen, den wichtigsten Verbrauchern der betreffenden Artikel und den inneren und ausländischen Organen des Außenhandelskommissariats verteilt, welche leichter im Rahmen dieser wenigen Einfuhrgenehmigungen zu erteilen haben. Einfuhrgenehmigungen für nicht kontingentierte Waren können nur von der Zentrale des Außenhandelskommissariats erteilt werden. Lizenzen können auch an Privatfirmen verliehen werden. Die Inhaber von Lizenzen müssen sie durch Vermittlung der Handelsvertretungen im Auslande verwerten. Falls sie selbständig günstigere Bedingungen erzielen können, werden ihnen selbständige Abschlüsse gestattet; über einen dahingehenden Antrag muß die betreffende Handelsmission bei Waren, die an der Börse notiert werden, innerhalb zwei, für sonstige Waren innerhalb fünf Tagen entscheiden. Für die Einfuhr der eingekauften Waren sind besondere Bescheinigungen erforderlich, die von den Handelsmissionen im Auslande zu erteilen sind, für Länder, wo keine russischen Handelsmissionen bestehen, sind solche Bescheinigungen bei der Handelsmission eines benachbarten Landes nachzusuchen. Zu widerhandlungen gegen diese Regeln, namentlich die Weitergabe der Bescheinigungen und Lizenzen und die Vornahme von Außenhandelsoperationen im geheimen Auftrage anderer Interessenten, werden für strafbar erklärt.

Eine Ehrung Worowskis.

Das Prästdium der Moskauer Sowjets hat die bisherige Powarskaja Straße in Moskau, in der sich die meisten Auslandsvertretungen befinden, nach dem in Lausanne ermordeten Sowjetvertreter in Worowski-Straße umbenannt.

Sowjetrussische Konsulate in Japan.

Nach Meldungen der Sowjetpresse hat die japanische Regierung dem Sowjetvertreter in Charkow mitgeteilt, daß sie gegen die Errichtung sowjetrussischen Konsulate in den Häfen Nagasaki, Thosodate und Tsuruga nichts einzuwenden hat. Diesen Konsulaten soll das gesamte Eigentum der früheren russischen Konsulate in Japan zurückgegeben werden.

Der Hamburger Sozialistentag.

London als Sitz der neuen Internationale.

Die Dienstagsitzung des internationalen Sozialistenkongresses wurde von Henderson-England eröffnet. Dieser teilte dem Kongress mit, daß die englische Abordnung die Nachricht erhielt, daß die englische Regierung ein Ultimatum auf unbedingte Erfüllung aller Forderungen bis Mittwoch an die Sowjetregierung richtete. Nach seiner Ansicht müsse der Kongress entschieden gegen diese Art, diplomatische Verhandlungen zu führen, Verwahrung einlegen. (Weißfall) Die Zeit, wo Ultimatum als Mittel des diplomatischen Verkehrs zwischen den Staaten möglich waren, müsse vorüber sein. Die englische Arbeiterschaft werde nicht nur hier auf dem Kongress, sondern auch im eigenen Lande gegen dieses Vorgehen ihrer Regierung Einspruch erheben. Abramowitz-Russland schloß sich im Namen der russischen Arbeiter dieser Verwahrung an. Er nehme die russische Regierung durchaus nicht gegen die englischen Anklagen in Schutz, jedoch würde durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine neue Hungerblödade über das russische Volk herausbeschworen und eine neue Kriegsgefahr geschaffen.

Die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wiener 2½. Internationale) beschloß mit 99 gegen 6 Stimmen auf Antrag Adler, daß falls die Gründung der sozialistischen Arbeiterinternationale zustande kommt, und die zweite Internationale gleichfalls ihre Auflösung ausspricht, die Funktion der Wiener Internationale als beendet und ihre Organisation als aufgelöst erklärt wird.

Die deutsche Vertretung auf dem internationalen Sozialistenkongress beriet über den Sitz der kommenden Internationale und hat sich, nach dem „Hamburger Echo“, einmütig dafür ausgesprochen, London zu wählen. Das internationale Sekretariat soll aus zwei Sekretären bestehen. Erster Sekretär werde Tom Shaw.

Ein angeblich „internationaler“ Historikerkongress.

Mitte April sollte ein Historikerkongress stattfinden, der zwar „international“ sein, trotzdem aber unter Ausschluß der Historiker der Länder, gegen die die Entente Krieg geführt hat, abgehalten werden sollte.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat jetzt die Stimmen gesammelt, die aus diesem Anlaß laut geworden sind.

In England und Holland ist eine Erklärung gegen den Ausschluß der Historiker der Zentralmächte in Umlauf gesetzt worden, die auch viele Zeit- schriften gefunden hat. Die Kritik, die die holländische Zeitschrift für Geschichte dem pseudointernationalen Kongress widmete, hat den Sekretär des Kongresses zu dem eigentümlichen Versuch veranlaßt, ihn als einen Kongress der Historiker der Völkerbundstaaten zu rechtfertigen! Dann würde der Völkerbundstaaten unendlich friedliche Gesinnung dadurch beweisen, daß er in der jetzigen Zeit, in der doch, wie uns versichert wird, der Versailler Frieden die ganze Welt in Frieden hält, in die Wissenschaft die Fackel des Krieges hineinschleudert! Die Wissenschaftler des Völkerbundgebietes dürfen mit anderen Wissenschaftlern nicht verfeindet werden!

Unter den neutralen Historikern sind zwei Richtungen hervorgetreten: die einen lehnen den Besuch des Kongresses ab, während die anderen erklären, daß gerade Neutralen ihm beitreten müssen, damit sie unerfreuliche Dinge auf ihm verhindern können.

Den klarsten Standpunkt hat der Mailänder Historiker Prof. Barbagallo eingenommen. Er hat mit der Überschrift „Un congresso quasi internazionale“ einen offenen Brief an den Vorsitzenden des Kongresses im „Corriere della Sera“ veröffentlicht, in dem er die ganze Unwahrheit des Unternehmens mit Entschiedenheit bloßlegt. Er hebt hervor, daß mit dem unglücklichen Unternehmen der Weltkrieg nur auf das Gebiet der Kultur übertragen werde, und erinnert nachdrücklich daran, daß gerade die Deutschen die wichtigsten historischen Arbeiten geliefert haben. Er weist auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß solche Personen, die früher Anhänger der deutschen Wissenschaft waren, sie jetzt verdammen wollen oder sollen. Das ganze häßliche Unternehmen beurteilt er als Freiheitsunterdrückung und als Verleugnung der Einheit der Wissenschaft. Aus Rom ist, wie berichtet wird, nur ein Historiker in Brüssel erschienen.

Auch in der Schweizer Presse ist an dem Kongress starke Kritik geübt worden.

Die „Ost. Allg. Blg.“ macht besonders auf eine eigentümliche Nebenrichtung aufmerksam.

Der Urfranzose Bloch aus Straßburg, der seit der Vertreibung der Deutschen dort Professor geworden ist, hat französische Historiker in Bewegung gesetzt, um bei dem Kongress die Begründung einer „Internationale Zeitschrift für Wirtschaftsgeschichte“ durchzuführen, von welchem „internationalen“ Unternehmen natürlich wiederum die Deutschen ausgeschlossen seien. Dieser Kampf richtet sich gegen die „Wirtschaftszeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ (Verlag von Kochhammer in Stuttgart), welche eine wahrhaft internationale Zeitschrift ist, insofern sie von jener Mitarbeiter aus allen Kulturstämmen geschrieben hat.

„Man erstrebt eben zweierlei“, schließt die „Ost. Allg. Blg.“ ihren Bericht: „erstens sollen die bestehenden wahrhaft internationalen Einrichtungen zerstört werden, zweitens will man die Wissenschaft unter Ausschluß der Länder, gegen die man Krieg geführt hat, organisieren. Ein Spiegelbild der gesamten Entente- und Völkerbundstreitungen: unter dem Ausschluß der Internationalität und des allgemeinen Menschentums Kampf für Sonderinteressen und Verstörung der gemeinsamen Einrichtungen.“

Deutsches Reich.

Verdoppelung des Brotpreises.

Das deutsche Reichskabinett hat beschlossen, den Abgabepreis der Reichsgetreideanstalt vom 4. Juni ab von 200 000 auf 800 000 Mark zu erhöhen, also zu verdoppeln. In einer offiziellen Verlautbarung, die diesen Beschluß rechtzeitig sucht, wird zugleich darauf hingewiesen, daß der Brotpreis auch noch von anderen Faktoren als lediglich vom Getreidepreis abhängig ist, und daß infolgedessen von dem genannten Termin ab nur etwa mit einer durchschnittlichen Verdoppelung des Brotpreises zu rechnen ist. Die Zusätze des Reiches, die geleistet wurden, um den Brotpreis auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, und die in die Hunderte von Milliarden geben, können nicht mehr fortgesetzt werden, ohne die Reichsfinanzen völlig in Verwirrung zu bringen.

Fahrpreiserhöhungen der Eisenbahn.

Wie das Reichsverkehrsministerium bekannt gibt, treten am 1. Juni Erhöhungen der Personentarife ein, die ungefähr 100 Prozent betragen werden. Die Einzelpreismeterstecke des neuen Tarifs werden um mehr als 100 Prozent erhöht. Der Kilometer vierter Klasse kostet dann 33 M., dritter 100 M., erster 200 M. Die Fahrpreise werden bis zu 10 000 M. auf volle 100 M., bis zu 20 000 M. auf volle 200 M., aber 20 000 M. auf 1000 M. nach oben abgerundet. Die Schnellzugzuschläge in der ersten Zone betragen 1000, 2000 und 4000 M., in der zweiten Zone 2000, 4000 und 8000 M., in der dritten, zweiten und ersten Klasse. Die Güter- und Tiertarife werden um 50 Prozent erhöht.

Freistaat Danzig.

* Empfangsabend beim Präsidenten des Hafenausschusses. Der Präsident des Danziger Hafenausschusses, der Schweizer Oberst de Reynier, veranstaltete kurzlich einen größeren Empfangsabend, zu dem zahlreiche Vertreter der politischen Welt in der Freien Stadt geladen waren. Es waren u. a. erschienen der Vizepräsident des Senats Dr. Biehlm, der Hohe Kommissar des Völkerbundes Mac Donnell mit seiner kürzlich in Danzig eingetroffenen Gattin, der neuernannte Stellvertreter des diplomatischen Vertreters Polens, Morawski, die meisten Mitglieder des Konsularcorps und die leitenden Beamten der Hafenverwaltung.

+ Die Verwendung des Olivaer Schlossgartens. Im Danziger Volkstag erwiederte der Senat auf eine kleine Anfrage über die Verwendung des Olivaer Schlossgartens, daß endgültige Entschlüsse noch nicht vorliegen. Für die baulichen und gärtnerischen Unterhaltungspläne für Schloss und Park in letzter Form würden schätzungsweise jährlich 50 Millionen Mark Busch erforderlich sein, denen Einnahmen zurzeit nicht gegenüberstehen. Die Verhandlungen über Bläne, Einnahmeketten zu verschaffen, haben bisher zu einem greifbaren Ergebnis nicht geführt. Das Material wird weiter geprüft werden.

Aus aller Welt.

* Neue südlawische Anleihe im Auslande. Die „Berichte aus den neuen Staaten“ melden aus Ugram: Die südlawische Regierung hat Verhandlungen mit einem ausländischen Finanzinstitut betreffs Abschlusses einer größeren Anleihe begonnen, die ausschließlich zur Errichtung moderner Bauten für die Unterbringung von Staatsbehörden bestimmt wäre. Die Anleihe wäre unabhängig von der Anleihe der Fondsverwaltung im Betrage von 10 Millionen Schweizer Franken aufzunehmen, die lediglich für die Errichtung und Vollendung von Privatgebäuden vorgesehen ist.

Der Hafen von Antwerpen durch Erdrußia gefährdet. Belgische Blätter berichten, daß der Hafen von Antwerpen durch einen großen Erdrußia bedroht ist. Ein großer Kai stürzte in einer Breite von 160 Metern ein, und trotz aller Gegenmaßnahmen wird das Unheil bei jeder Stunde größer. Im Laufe des gestrigen Tages gab ein Kai um 2 Meter nach, und in den Abendstunden machte der Rutsch in jeder Minute um 6 Centimeter Fortschritte. Dieser Einsturz wird eine der drei wichtigsten Seeschleusen vollkommen unbrauchbar machen.

* Ermordung von Ausländern an der mexikanischen Grenze. Neuer meldet aus Mexiko, aus dem Rio Grande seien bei Laredo 32 Leichen gelandet worden. Man glaubt, daß sich um Italiener und andere Ausländer handele, die bei dem Versuch, insgeheim nach Amerika zu gelangen, ermordet und beraubt worden seien.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Löwenthal.
Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Löwenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. B.; für Dr. Martin Meister; für Polen und Provinzzeitung: Rudolf Herberth; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Löwenthal; für den Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Druck und Verlag der Posener

Die Verlobung unserer Tochter Gertrud mit Herrn

Otto Friedrich von Tempelhoff,

Oberleutnant a. D. im ehemaligen 10. Ulanen-Regiment,
zeigen hierdurch an.

Conrad Jffland und Frau

Else, geb. Freiin von Rodenberg.

Skrzynki, im Mai 1923.

(Jfflandsheim)

Meine Verlobung mit Fräulein

Gertrud Jffland,

Tochter des Herrn Landschaftsrats Conrad Jffland
und seiner Frau Gemahlin Else, geb. Freiin von
Rodenberg, zeige ich hierdurch an

Otto Friedrich von Tempelhoff.

Dombrówka, im Mai 1923.

Eckert Ernte-
Maschinen

Lanz Zentrifugen

sind

jahrzehntelang

erprobte Fabrikate

Sie bleiben unüber-

troffen, beliebt und

bevorzugt in allen

Teilen der Welt.

Die glückliche Geburt eines gesunden,
kräftigen

Mädel

zeigen hocherfreut an

Hans Sanitz und Frau
Hanni, geb. Reimerdes.

Stróka, den 23. Mai 1923.



Statt besonderer Anzeige.

Es hat dem Herrn über Leben und Tod
gefassen, meinen lieben Mann, unsern guten
Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroß-
vater und Onkel, den Landwirt

Julius Stroech

im Alter von 83 Jahren zu sich in die
Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme bittet im Namen
aller Hinterbliebenen

7250 Pauline Stroech,
geb. Janter.

Głowno b. Pobiedziska, den 24. Mai 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 28.
d. Mts., nachmittags vom Trauerhause aus statt.

Butter billiger!
Feinste Taselbutter
1/2 Kg. Mk. 13.000.

M. Miczyńska

Inh.: Carl Piątkowski, Poznań,
Gear. 1872. Plac św. Krzysztofa 1. Tel. 3638.
Spezialgeschäft für Butter, Käse, Eier.

Drilling

von Hosfächtmacher Bock, Berlin, — 16x16x6.5.
Selbstspanner. Stecher, gut erhalten, leicht und handlich.

zu verkaufen.

Offerten unter 7254 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juni 1923

Name

Wohnort

Postanstalt

Straße

Frühreises



Reinblütiges

Reinblütiges

[6963]

Merino-Fleischschaf

Schäferdirektor A. Buchwald, Berlin-Charlottenburg, Scharrenstraße 33.

Die diesjährigen Wockauktionen finden statt wie folgt:

1. Warleberg, jetzt Dąbrówka, Kreis Mogilno Post n. Bahn Mogilno. Tel. Nr. 7. Sonnabend, den 26. Mai, 11 1/2 Uhr vormittags. Besitzer v. Colbe.
2. Wichersee (Wicherze), Kreis Culm (Chełmno) Pomorze. Bahnhof Kornatowo. Telefon Culm 60. Dienstag, den 29. Mai, 2 Uhr nachm. Besitzer v. Loga.
3. Groß-Lieffenz (Lisznowo Zawodz), Kreis Grudziądz. Bahnhof Lisznowo u. Szarnos (Jabłonowo-Zawoda). Telefon Lisznowo Nr. 1. Sonnabend, den 2. Juni, 11 Uhr vorm. Besitzer Schulemann.
4. Niederhof Ksztędywör, Post und Bahnhof Działdowo (Soldau). Pom. Telefon Działdowo Nr. 6. Mittwoch, den 6. Juni, 1 Uhr nachm. Besitzer Frankenstein.

Am Auktionsstage stehen Wagen zur Abholung auf den Bahnhofstationen.

In diesen Herden wird grundsätzlich weder Dörfley noch Melk-Blut

— letzteres auch Deutsches Fleischschaf genannt — verwendet.

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 25. 5. abends 7 1/2 Uhr: "Madame Butterflüg", Oper von Puccini.

Sonnabend, den 26. 5. abends 7 1/2 Uhr: "Die verlauste Braut", Komische Oper von Smetana.

Sonntag, den 27. 5. abends 7 1/2 Uhr: "Maria", Oper von G. Opieński.

Dienstag, den 29. 5. abends 7 1/2 Uhr: "Carmen", Oper von J. A. Bizet. (Gästspiel Belina-Supirowski).

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Görgi im Hotel Monopol Ecke ul. Fredy und Gew. Mielińska siehego.

Deutscher Theaterverein
Posen.

Dienstag, den 29. Mai 1923, abends 8 Uhr,
im Saal des Zoologischen Gartens:

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwan in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.

Eintrittskarten zu 1500, 3000, 5000 und 7000 Mk.
sowie Programme zu 500 Mk. sind im Vorverkauf im Zigarrengeschäft von Gunnior, sv. Marcin, Ecke Gwarka

sowie an der Abendkasse zu haben.

Mühlen-Einrichtung

wegen Umstellung sofort gegen **Höchstgebot** zu verkaufen.

30 PS. Sauggas-Anlage, doppelt. Walzenstuhl 350x500, 2 franz. Steine, Säge und Schälmashine, Rüttelmashine usw. komplett im Betrieb zu sehen.

Angebote unter 3232 an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Arbeitsmarkt

Ein Feuerschmied

(Schirrmesser)

für Wagenbau zum sofortigen Antritt gesucht.

7243 R. Just, Poznań, Nad Bogdanika 2.

,Deutsches Haus“

Hotelsbetriebsgesellschaft m. b. H..

Bydgoszcz, ul. Gdańska 134/35

sucht ab 1. Januar 1924 für seinen vollständig eingerichteten Restaurantsbetrieb (Winter- und Sommergeschäft) einen

[7248]

Flüchtigen Fachmann

deutscher Nationalität als Bäcker.

Bewerber muß die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, Kenntnis der polnischen Sprache erwünscht, aber nicht unbedingt erforderlich.

Bewerbung bis 1. Juli d. J. mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Ausgabe von Referenzen erbeten an Geschäftsführer Eduard Schulz, Bydgoszcz, ul. Gdańska 135 I.

Ältere zuverlässige, in
ihrem Zweigen des Haushalts erfahrene [7241]

Person für kleinen Haushalt in Kleinstadt gesucht.

Selbige muß die Hausfrau voll und ganz vertreten können.

Vorstellen bei Frau Kościk, ulica Przemysłowa 40, III. Zwischen 12 und 2 Uhr.

Jüngere Takturissin, flotte und siche

Rechnerin, per 1. Juli eingestellt.

Off. unter 7258 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stellengeinde

Erfahrener Brennerei-

Bewahrer,

ledig, 27 J. alt, kath., mit familiär poln.-schriftl. Arb. vertraut, gelernt Monteur, der Repar. selbst ausführt, in elektr. Licht- u. Kraftanlage sowie Ziehmaschine erfahren, sucht geistig auf gute Bezugsp. zum 1. 7. 23 Dauerstellung. Ges. off. u. v. 7247 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zyceallehrerin, poln. Staatslang., sucht Stelle zum 1. 9. 23. Ang. u. 7242 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Fräulein sucht Stellung v. bald zur weiteren Ausbildung im Haushalt bei weibl. Vohranpr. Familienentstehung erwünscht. Angebote un. v. 7251 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Wir suchen für ein größeres Gut eine

Rechnungsführerin,

welche Stenographie und Maschinenschreiben vollständig beherrsch. Poln. Sprachenkenntnisse nicht erforderlich.

Schriftliche Meldungen an den

[7257]

Arbeitgeberverband f. d. dt. Landwirtschaft in Grosspolen, Poznań, ul. Slowackiego 8.

Gewandter

Buchdruckerei - Fachlaufmann

40 Jahre alt, mit umfangreichen technischen und kaufmännischen Kenntnissen, weitgehendsten Anforderungen genügend, seit Jahren in großem Aktienunternehmen als technischer Betriebsleiter tätig, tüchtiger Kalkulator und Papierkenner, in Korrespondenz und Verkehr mit dem Publikum bestens erfahren, mit la. Zeugnissen, sucht ab 1. Juli neuen Wirkungskreis. Ges. Angebote erbeten

A. Birner, Poznań, ul. Polna 3rd.

Herr, Ansang 30, firm im Ziegeleibach für Sommer- und Winterbetrieb, sucht wegen Verkaufs der eigenen Ziegelei

Stellung als selbständige Leiter.

Ges. off. u. K. 7255 an die Geschäftsst. d. Bl.

Die Wirtschaft des französischen Wiederaufbaus.

Der Zugang der Pariser Heppropaganda gegen Deutschland, besonders in Amerika, sind die "Münzen" Nordfrankreichs die längst aufgebaut wären, wenn die französische Regierung ehrlich den Wiederaufbau durch Deutschland gewollt hätte. Dass dem nicht so ist, ist durch zahlreiche unüberlegliche Zeugnisse erwiesen. Selbst Franzosen haben zugeben müssen, dass im Wiederaufbaugebiet eine Mischwirtschaft größten Stils herrscht, das es von Wiederaufbaugewinnern wimmelt, das durch die organisatorische Unfähigkeit der französischen Behörden die einfachsten Arbeiten systematisch und kompliziert werden. Warum auch nicht? Der Woche zahlt ja alles! zunächst galt es aus dem willkommenen Objekt soviel wie möglich herauszuholzen. Also wurde frisch dorthin angefordert. Durch überall Abrundung nach oben kam dann die Summe von 146 Milliarden zu stande, die der Reparationskommission im April 1921 als die Sachschädenberechnung der französischen Regierung vorgelegt wurde und die dann als Grundlage für den Zahlungsbefehl des Londoner Ultimatums in Höhe von 182 Milliarden Goldmark gedielt hat.

Durch eine amtliche Verlautbarung der Pariser Regierung ist nun die deutsche Behauptung, dass die französischen Schadensätzungen weit übertrieben seien, eine Behauptung, die bekanntlich im Ausland querst von J. M. Keynes aufgenommen wurde, als vollständig richtig erwidert worden. Auf die Anfrage eines Abgeordneten hat der Minister der freien Gebiete den Gesamtbetrag der Sachschäden auf 85 790 Mill. Franken angegeben. Wenn darin die Schäden an öffentlichen Gebäuden und Bauten noch nicht eingeschlossen sind, so dürfte das die Summe um höchstens 5 Prozent erhöhen. Nach diesen amtlichen französischen Feststellungen haben also die bei der Reparationskommission angemeldeten Schadenssummen den wirklichen Schaden um etwa 50 Prozent überstiegen.

Es kommt aber noch hinzu, dass verschiedene Anzeichen darauf hindeuten, dass auch die jüngsten Schadensfeststellungen noch bei weitem zu hoch angesetzt sind. Die Grundlage für die neueren Berechnungen haben offenbar die Festsetzungsbeschlüsse der Schätzungscommissionen und soweit diese noch nicht vorlagen, die Angaben der Geschädigten gebildet. Wie auf diesem Gebiete gearbeitet wird, ist in den Kammerverhandlungen vom 26. Februar von sozialistischer Seite bei der Beratung des Wiederaufbaubudgets zur Sprache gebracht worden. Von den zahlreichen aufgedeckten Mischbräuchen sei hier nur folgendes erwähnt: Die Wiederaufbauarbeiten werden zur Zeit von beamteten Architekten auf eigene Rechnung ausgeführt, die so neben ihrem Dienstbetrieb erhebliche Verdienste durch Übernahme der Wiederaufbauarbeiten erzielen. Unglaubliche Verhältnisse herrschen bei der Berechnung der Preise für Wiederaufbauarbeiten, die als Grundlage für die Entschädigungsforderungen der Geschädigten dienen. Ordnungsmäßig sollen die Kriegspreise veranschlagt werden, die dann mit einem der Steuerung entsprechen den Koeffizienten zu multiplizieren sind. Die in Anrechnung gebrachten Grundpreise übersteigen aber vielfach die Preise von 1914 bis zu 200 Prozent. Für gewöhnliche Männerarbeiten, die 1914 überall mit 19 bis 22 Franken für den Kubikmeter bezahlt wurden, sind statt dessen z. B. für Soissons 34, für Château-Thierry sogar 60 Franken angesetzt worden. Diese so hohen Grundpreise werden dann noch mit Koeffizienten von 6,8 bis 15 multipliziert, während die Preissteigerung in Wahrheit höchstens, wie das fürstlich anlässlich der Debatte über das Wohnungsproblem in der französischen Presse ausreichend zu lesen war, das Vierthalbfaache des Kriegspreises beträgt. Es kommt es, dass für Arbeiten, die 1914 10 Franken gelöst hätten, von der Wiederaufbauverwaltung stellenweise 160 Franken bezahlt werden. Bei dieser Vergedung von Mitteln müssen selbstverständlich die für den Wiederaufbau verbrauchten Beträge so gewaltige Summen erreichen, dass auch der erwartete Reparationswill Deutschlands sie nicht aufzuweisen vermöge. Man sollte also angeföhrt dieser Tatsachen doch endlich in Paris auftreten, ewig vom "hohen" Willen Deutschlands zu beschämen, da man doch in dieser Hinsicht im eigenen Hause genug zu befürchten hat!

Was ist aus den deutschen Milliarden geworden?

Der französische Wiederaufbauminister, Herr Neibel, hat eben eine Inspektionsreise in einem Teil des Kampfgebietes der Champagne unternommen. Aus dem darüber veröffentlichten Berichte geht hervor, dass Herr Neibel und seine Begleiter lediglich in Attigny Fortschritte der Ausbesserungsarbeiten haben feststellen können. Die sonst besuchten Ortschaften, nämlich Ligny, Grandpré, Apremont, Challerange, Monthois und Machault nebst den zwischen ihnen gelegenen Dörfern bieten noch immer genau das selbe Bild der Zerstörung dar wie 1918. Wie jeder, auch nur oberflächliche Kenner der dortigen Gegend weiß, handelt es sich hier um einen ziemlich engen Abschnitt des Stellungskampfgebietes, der ehemaligen französischen Ostfront, wobei bemerkt werden muss, dass der größte Teil der Verwüstungen in den genannten Orten auf französischer Seite zugetragen und zurückzuführen ist. Hier ist also trotz der seither von Deutschland gezahlten Milliarden, trotz der amtlichen französischen Ausweise über Milliardenzahlungen an die Geschädigten nach französischer Feststellung noch nichts an Wiederaufbau geleistet worden. Man erfährt aus anderen Berichten, dass es an den übrigen Frontabschnitten nicht viel besser aussieht. Wohin aber das Geld für den Wiederaufbau fließt, das geht aufs neue aus dem Prozess gegen den Notar Boudon in Laon und den Grundstücksschreiber Gellé hervor, die wieder einmal bei dem schwunghaft betriebenen Betrage gesucht worden sind, sich auf gefälschte Papiere Millionenbeträge für angebliche Kriegsschäden von der französischen Regierung auszuzahlen zu lassen, die sie auch ohne alle Prüfung ihrer Ansprüche bekommen haben. Diese Art von Gaunerien wird nachgerade in Frankreich eine legitime Großindustrie — bekanntlich hat sich sogar ein französischer General daran beteiligt —, die unter der Parole „Der Sohn zahlt alles“ ganz öffentlich betrieben wird.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 25. Mai.

Die Posener Landwirtschafts- und Industrieausstellung.

Die Direktion der 1. Landwirtschafts- und Industrieausstellung Westpolens beantragte am Donnerstag eine Pressekonferenz, um die Pressevertreter mit den Aussichten und der Organisation der geplanten Ausstellung näher bekannt zu machen. Nach zwei einschlägigen Berichten stellten verschiedene Vertreter eine Reihe von Fragen, die eingehend beantwortet wurden. Der Konferenz folgte als Abschluss eine kurze Geländebesichtigung.

Die 1. Landwirtschafts- und Industrieausstellung, die unter dem Protektorat des Posener Wojewoden, des Grafen Winnicki, und des Kommando des Generals Czeslawski auf dem Ausstellungsgelände am Oberschlesischen Turm und auf dem Drwęca-Platz (fr. Livoniusplatz) von der Landwirtschaftskammer im Einvernehmen mit der Posener Messeleitung veranstaltet wird, beginnt am 28. Juni und dauert bis zum 1. Juli. Sie findet also zu einer Zeit statt, die den Landwirten, die die Ausstellung selbst besuchen oder auch mit Ausstellungsgegenständen beschäftigen wollen, am besten passt. Um besonders die kleinen Landwirte bis zu 200 Morgen heranzuziehen, werden ihnen die Frachtosten zurückgestellt. Die Meldungen sind zum Teil sehr gut ausgefallen, so dass sich die Leitung mit der Frage der Unterbringung schon jetzt

vor dem Schluttermittag für die Anmeldungen, also vor dem 31. Mai, beschäftigt. Das lebende Inventar wird vorwiegend in der neuen Ausstellungshalle untergebracht werden. Im Oberschlesischen Turm werden Wagen, landwirtschaftliche Maschinen und Eisenwaren ausgestellt. Die Schwere wird in üblicher Weise unter freiem Himmel präsentiert werden. Die beiden Bankpavillons werden Konfektionsgegenstände, Süßwaren, Düngemittel, Präzisionsinstrumente, Experimentalgeräte und andere Gegenstände beherbergen. Auf dem Drwęca-Platz (fr. Livoniusplatz) wird u. a. das Gartenmessen zu seinem Recht kommen.

Wie und Pferde sind nur aus Großpolen zugelassen. Angemeldet sind bisher ungefähr 200 Stück Vieh und 200 Pferde. Ausländische Firmen können sich an der Ausstellung beteiligen, wenn sie in Polen ihre Vertretung besitzen. Die Anmeldungen von Ausstellungshändlern ist so gering eingelaufen, dass eine Hundeaufteilung wahrscheinlich fehlt wird. Aus demselben Grunde wird wohl auch die Ausstellung von Maistrie aufgezogen werden müssen, wenn nicht noch eine Besserung eintritt. Beim Kindertag wird die Kinderstrasse und vielleicht auch die polnische Rasse durch einige Exemplare vertreten sein.

Die Aussstellung unterscheidet sich von der Posener Messe dadurch, dass jeder Besucher sofort im Kleinhandel einzelne Exemplare häufig erwerben kann, während bei der Posener Messe Aufträge für spätere Lieferung erteilt wurden, die grundsätzlich erst nach der Messe erfolgte. Der zweite Unterschied ist der, dass besonders gute Exemplare prämiert werden, und zwar mit großen und kleinen goldenen und silbernen Medaillen, mit Diplomen und Belobigungsschreiben. Auch Geldpreise werden zur Verteilung kommen. Das Preisrichterkollegium besteht aus Nichtgroßpolen.

Die Ausstellung verspricht infolge des außergewöhnlichen Interesses der landwirtschaftlichen Kreise von ganz Polen und der zahlreichen Anmeldungen von Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen, sowie von Vertretern aller anderen Industrie- und Handelszweige, die mit der Landwirtschaft verbunden sind, einen außerordentlich günstigen Verlauf zu nehmen. Angekündigt ist die Ankunft von landwirtschaftlichen Vertretern aus Kongresspolen, Wilna und Kleinpolen! Erwartet wird auch eine Delegation aus Frankreich und vielleicht auch aus Litauen. Zur Zeit der Ausstellung sollen 5 Ausflüsse unternommen werden; einer davon wird von der Firma H. Cegielski veranstaltet. Die Höchstzahl der Teilnehmer ist auf 40 festgesetzt worden. Zur Verschönerung der Ausstellung werden folgende Veranstaltungen beitragen: eine Jagdtrophäen-Ausstellung, ein Wagen- und Pferdemettbemerk und ein Korsos. In die Zeit der Ausstellung fällt auch die Sommersaison auf der Rennbahn von Lawica.

Sicherung der Briefbeförderung.

Aus unserem Leserkreise erhalten wir folgende Zuschrift:

"Mit lebhaftem Interesse habe ich in der Beilage der Nr. 113 des 'Pos. Tagbl.' den Artikel mit der Überschrift 'Sicherungsmaßnahmen für amerikanische Briefe nach Polen' gelesen. So wie mir wird es auch vielen anderen Lesern ergangen sein, die zwar keine Korrespondenz mit Amerika, aber doch mit dem europäischen Auslande unterhalten. Und wer tut das heute im ehemals preußischen Teilstaat nach der Massenabwanderung zahlreicher Bevölkerung, Freunde und Bekannte nicht, die noch ein Interesse daran haben, mit ihnen hier zurückgebliebenen Freunden usw. auch fernerhin in Fühlung zu bleiben? Neben dem Interesse, das die Ausführungen des Artikels bei mir und zweifellos auch bei anderen geweckt haben, hat mich aber auch ein gewisser Reid geprägt, dass die angeführten Sicherungsmaßnahmen zum Schutz der Briefe aus Amerika nicht den ganzen Briefverkehr des Innern und Auslands angewendet werden können, weil das eben ein Ding der Unmöglichkeit ist bei der Niedenarbeit, die die Postverwaltung bei der Bewältigung des Massenbriefverkehrs ohnehin schon hat. Wie gesagt, es ist schade, dass sich Briefschuhmaßnahmen im allgemeinen nicht treffen lassen, so erwünscht sie an sich wären. Denn es ist nun leider eine nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache, dass Tag für Tag der Post zur Beförderung übergebene Briefe hier und in Deutschland und im übrigen Auslande verloren gehen als Opfer der nun einmal als trauriges Vermächtnis des Weltkrieges uns verbliebenen Nachkriegsmoral. Bekannt ist ferner, dass die Zahl der in Verlust geratenen Briefsendungen mit der ständigen Steigerung der Postofizie erheblich zugenommen hat. Bei dem heutigen Porto eines Briefes von hier nach Deutschland in Höhe von 1000 M. bildet die Unterschlagsung, wenn auch nur einiger solcher Auslandsbriefe eine ganz nette tägliche Einnahmequelle für den, der die Brief verschwinden lässt. Umgekehrt sind Briefe aus Deutschland nach Polen ebenfalls, wenn auch nicht mit ganz so hohen Briefmarkenwerten beklebt und teilen aus diesem Grunde das nicht beseidenswerte Schicksal ihrer Leidensgefährten aus Polen nach Deutschland. So kommt es, dass während in der Kriegszeit ein in Verlust geratener Brief zu den größten Seltenheiten gehörte, heut die Klagen über verloren gegangene Briefe nicht mehr verurteilen wollen. Und diese Klagen sind leider nur zu berechtigt. Abgesehen von dem unfiüriaren Verlust, den der Absender eines derartigen Briefes erleidet, wird ein in Verlust geratener Brief oftmals die Ursache großen Verdrusses und Ärgers. Der Absender wartet vergeblich auf die Beantwortung des Briefes, den der Empfänger nicht erhalten hat. Man verdächtigt sich gegenseitig der Schreibfehler, und so entsteht eine Unsumme von Verbleiblichkeiten. Deshalb wäre es Aufgabe aller maßgebenden Instanzen, dem Briefverkehr mit dem Auslande durch alle nur erdenklichen Maßnahmen den Schutz anzudeihen zu lassen, den er verdient."

Soweit die Zuschrift des Tazebattlers, der wir umso lieber Aufnahme gewähren, als sie ein von uns schon wiederholt im "Pos. Tagbl." behandeltes Thema berühren. Angesichts der vielfachen berechtigten Klagen aus unserem Leserkreise und der eigenen trüben Erfahrungen mit verloren gegangenen Briefen hat der Schreiber dieser Zeilen neuendings mit dem zuständigen Dezernenten der Posener Oberpostdirektion eine Unterredung gehabt und in dieser seine und weitere Kreise Klagen über die in Verlust geratenen Briefe zur Sprache gebracht. Der Herr Dezernent war für die Mitteilungen ganz außerordentlich dankbar und erklärte, dass der Postaufsichtsbehörde selbstverständlich alles daran gelegen sei, durch geeignete Maßnahmen dem Verschwinden der Briefe nach Kräften vorzubeugen. Als eine solche seien auch die von der polnischen Postverwaltung als einziger Postbehörde überhaupt getroffenen Sicherungsmaßnahmen für amerikanische Briefe nach Polen anzusprechen. Aber auch sonst seien geeignete Maßnahmen getroffen, um auch sonstige Auslands- und Inlandsbriefverluste auf ein Mindestmaß zu beschränken. Mit erwünschter Rücksichtslosigkeit gehe die Postverwaltung gegen die unehrlichen Postangestellten vor, die Briefe unterfächeln; werde ein solcher, dank der getroffenen Beaufsichtigung ergriffen, so werde er der Staatsanwaltschaft übergeben und habe dann seine Unehrlichkeit durch langfristige Freiheitsstrafen mit dem Verlust seiner Anstellung zu büßen. Wenn, wie es ja leider der Fall sei, noch bei weitem nicht alle Diebstähle an Briefen auf diese Weise haben bestraft werden können, so habe das mancherlei Gründe. Einmal hätten die gewohnheitsmäßigen Briefdiebe sich bereits eine solche Routine erworben, dass es nicht ganz leicht sei, ihnen beizukommen. Andererseits trage aber auch das Publikum durch sein eigenes Verhalten mit dazu bei, dass die Briefdiebstähle nicht aufhören, indem es der Post keine Mitteilung davon macht, wenn ein Brief vermisst wird.

Wie soll nun aber die Postverwaltung gegen irgend eine Unehrlichkeit geeignete Schritte unternehmen, wenn sie von dieser selbst keine Kenntnis erhält? Aus diesem Grunde sei der Bevölkerung unter allen Umständen angetan, von jedem Verlust eines der Post zur Beförderung übergebenen Briefes mit allen

Einzelheiten (z. B. Tag und Stunde des Einwurfs des Briefes in den Postkästen, des Postamts, bei dem die Auflieferung erfolgte genaue Briefaufschrift) mündlich oder schriftlich Kenntnis zu geben. Nur so ist es der Aufsichtsbehörde möglich, gewissen Briefdieben auf die Spur zu kommen und sie zu entlarven.

Es bedarf wohl nicht erst weiter der Erwähnung, dass nicht alle Briefverluste auf das Konto der Post zu setzen sind. Vor einiger Zeit wurden hier in Posen mehrere Schulbuben dabei überrascht, als sie einen Postbriefkasten in der Bronker Straße mit einem Nachschlüssel öffneten und sämtliche Briefe, Postkarten usw. sich anzeigen ließen. Wie oft mögen diese vielversprechenden Burschen das gleiche Manöver vorher mit Erfolg unternommen und Briefe sich angeeignet haben, mit deren Verlust das Schuldkontor der Post dann ganz zu unrecht belastet wurde. Ferner sollte derjenige, der einem dritten einen Brief anvertraut, um ihn in den Postkästen zu stellen, sich die Frage vorlegen, ob die betreffende Person auch unter allen Umständen zuverlässig ist. Wie oft hat schon ein Verlust geratener Brief in der Seitentasche eines Rockes ein beschämliches Dasein gefristet, während der Absender auf die Beantwortung seines Briefes vergeblich wartete.

Endlich sei noch auf eine erfreuliche Tatsache aufmerksam gemacht. Die gemeinsame gleiche Not, unter der die Post hier und drüben in Deutschland leidet, hat die postalischen Aufsichtsinstanzen, d. h. in diesem Falle die betreffenden Oberpostdirektionen, zum Gedanken austausch über die Errichtung geeigneter Maßnahmen gegen Briefdiebstähle veranlasst. Die hiesige Oberpostdirektion steht, was gewiss für manch einen zu wissen interessant genug sein wird, mit den deutschen Oberpostdirektionen in Berlin, Frankfurt a. d. O. usw. in ständiger Korrespondenz. Wer also den Verlust eines Briefes nach oder von Deutschland an der hiesigen Zuständigen Stelle (mündlich oder schriftlich) zur Sprache bringt, darf gewiss sein, dass die geeigneten Schritte hüben wie drüben ergreifen werden, um den Verlust des Briefes, soweit das möglich ist, aufzulässt.

Musikalische Feierstunde in der Christuskirche.

In überaus dankenswerter Weise hatten sich zwei geschätzte musikalische Kräfte unserer Stadt, Herr Hugo Boehmer und Herr Alexander Doering zur Veranstaltung einer musikalischen Feierstunde zusammengetan, die gestern Abend in der Christuskirche von St. Lazarus eine stattliche Schar von Zuhörern auch aus anderen Gemeinden Posens vereinigte. Das Programm brachte für den Orgelsatz, der von Herrn Doering bestimmt wurde, ein Bachisches Präludium, das bekannte Schuberti'sche "Ave Maria" und ein Positivum von Kern. Der gesangliche Teil des Herrn Boehmer enthielt verschiedene wilde Proben musikalischer Klassiker, so von J. S. Bach, Haendl, Mendelssohn-Bartholdy, Beethoven, aber auch neuerer Müller, so von dem 1916 verstorbenen Erich Wolff, und dem noch lebenden Paul Graener. Da Herr Boehmer und Herr Doering ihr Bestes boten, so gestaltete sich die Veranstaltung für jeden Zuhörer zu einer Stunde wirklicher Erbauung und Erquickung. Eine am Ausgang veranstaltete Sammlung zum Beste bedürftiger Konfirmanden brachte den stattlichen Betrag von rund 475 000 M., für den die Christuskirche den beiden Veranstaltern der Feierstunde von Herzen dankbar sein wird.

Erhöhung der Stempelgebühren für Einreisegenehmigungen.

Die Stempelgebühren für Anträge auf Genehmigung zur Einreise nach Polen sind ebenfalls, und zwar von 200 auf 15 000 Mark erhöht worden.

Hauterkrankungen durch Schwefelholzschachteln. Von merkwürdigen Hautentzündungen, die in der Breslauer Klinik zur Behandlung kamen, berichtet Dr. Frey in der "Medizin. Klinik": Es handelt sich um Ausschläge, die durch das Tragen von Schwefelholzschachteln, hauptsächlich bei Männern in den Hosentaschen, herborgerufen worden waren. Die so schädliche Wirkung war darauf zurückzuführen, dass die Leibfläche eine Verbindung von Schwefelphosphor enthielt, die, wie Versuche zeigten, schon durch einfache Berührung zu Entzündungen der Haut führten. Legte man auch nur ein winziges Stückchen der Leibfläche einer solchen Schachtel auf eine gesunde Haut, so zeigte sich bereits nach 24 Stunden eine ausgeprägte juckende Röte an den betreffenden Stellen. Die gleichen Krankheitsscheinungen sind übrigens auch in Dänemark und Schweden beobachtet worden.

Großes Theater. Heute Freitag: "Madame Butterly" (Gymnasia, Szatana, Romeo, Wolfski). Sonnabend: Erste Befreiungsführung von Smetanas "Die verkaufte Braut". (Bedlewicz, Gorski, Klichowski, Krawczyk, Ostola, Warchalewski, Barwicki; Brzezka, Koreniec, Majchrzakowa, Marynowicz, Svitellieff; Malawski). Musikalische Leitung: Bojanowski. Sonntag: "Marja" von Opieński. Dienstag: "Carmen" (José: Herr Belina-Sküpiński als Gast). — Vorverkauf bei Gorski (Hotel Monopol).

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein unternimmt Sonntag, 27. Mai, einen botanisch-zoologischen Ausflug von Nekla über die Seehorster Seen nach Budowice. Abfahrt nach Nekla Hauptbahnhof 6:55 früh. Gerberdamm 6:44. Rückkehr an Posen 8:40 abends. Proviant mitnehmen. Gäste sind willkommen.

Großer Einbruchsdiebstahl. Im Hause ul. Grotterga 2 (fr. Liebigstr.) stiegen Diebe durch ein Fenster in eine Wohnung ein und stahlen je ein Tischstück mit schwarem Rand für 6 und für 12 Personen, eins für 6 Personen mit grünen Blumen und roten Rosen, 4 Bettlaken, 6 Bettbezüge, mehrere Handtücher, gez. S. R. und J. S., im Gesamtwert von fünf Millionen Mark.

Auffindung einer Diebesbeute. Die Kriminalpolizei entdeckte gestern am rechten Wartheufer die Spuren einer frisch aufgeworfenen Grube und fand in dieser wohlverwahrt einen größeren Post-Rollenpapier im Werte von zwey Millionen Mark, das aus einem Buchdruckereibetrieb in der Venetianerstraße gestohlen worden war.

Un unsere Post-Abonnenten!

Auch nach dem 25. dieses Monats sind alle Postanstalten und Agenturen verpflichtet,

Bestellungen auf das Posener Tageblatt für den Monat Juni

anzunehmen. — Durch verspätete Bestellung

ist die rechtzeitige Zustellung der Zeitung aber gefährdet, da immer 3—4 Tage vergehen, bevor die Ueberweisung der Bestellung von Post zu Post stattfindet. Bei späterem Abonnement ist daher die Nachlieferung der seit 1. Juni erschienenen Nummern bei der Post zu beantragen. Es kostet dies 200 M. Extragebühr. Wir bitten daher, das Abonnement rechtzeitig

zu erneuern.

Posener Tageblatt.

X. Abgesagte Diebesbente. Vergangene Nacht stahl ein der Polizei bekannter Gewohnheitsdieb aus dem Wartesaal 4. Klasse einen Reiseflor mit Sachen und eilte damit davon. Als er verjagt wurde, war er den Korb von sich und entkam. Der Korb konnte seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

X. Beschlagnahmte Diebesbente. Auf dem 7. Polizeikommissariat in Danzig lagern ein Paar schwarze Halbschuhe, die am 14. d. Mts. auf dem Versteher Markt von einem ländlichen Fuhrwerk gestohlen worden sind. Der unbekannte Eigentümer kann sich auf dem genannten Polizeirevier melden.

*** Tuchel, 24. Mai.** Unter den evangelischen Pfarrern, die in Polen ausgesiedelt sind, befindet sich auch der Pfarrer der großen evangelischen Gemeinde Koenigsberg, Kreis Tuchel. In den vier Jahren, die er der dortigen Kirche vorstand, hat er sich die Liebe und Anhänglichkeit seiner Pfarreigemeinden in reichem Maße erworben. Die Gemeinde ist überhaupt die größte evangelische Gemeinde im Kreise Tuchel, sie umfasst zwölf Ortschaften mit über 800 Seelen. Das kirchliche Leben pulsiert besonders lebhaft, und auch nach der Entfernung des Pfarrers ist die Gemeinde nicht gewillt, die Kirche leer stehen zu lassen und die kirchlichen Einrichtungen nicht zu benutzen. Auch der nun nach Bagnitz versetzte Pfarrer ist ausgewiesen worden, so daß für die vier Kirchen des Kreises Tuchel nur noch ein Pfarrer zur Verfügung steht, der in Tuchel selbst wohnt. Er ist polnischer Staatsangehöriger, so daß wenigstens mit seinem Hierbleiben gerechnet werden kann.

*** Danzig, 23. Mai.** Eine schwere Bluttat ereignete sich gestern vormittag in Oliva. In dem Gartenrestaurant "Carls-hof" erschöß der 87-jährige Buchdrucker Hermann Knuth aus Danzig die Frau des Carlsbodschers Wolfs. Darauf richtete der Mörder die Waffe gegen sich selbst und verlebte sich durch einen Schuß in den Kopf lebensgefährlich. Er wurde in das städtische Krankenhaus gebracht, wo er jedoch bereits am Nachmittag seiner Verlehung erlag. Der Beweisgrund zu der Tat ist noch nicht aufgelistet. Die Ermordete war noch nicht drei Jahre verheiratet und lebte mit ihrem Gatten in glücklicher Ehe. Knuth, der die Frau schon vor ihrer Ehe gekannt hat und sie auch mehrfach in Oliva aufgesucht hat, soll angeblich von der Ermordeten aus dem Zimmer gewiesen worden sein. Daraufhin soll er den Mord ausgeführt haben. Wie verlautet, soll der Mörder unter geistigen Überzeugungen gelitten haben und auch bereits einmal in einer Anstalt untergebracht gewesen sein. Er war verheiratet, stand mit seiner Frau jedoch in Scheidung.

*** Danzig, 23. Mai.** Hier sind auf dem Dampfer "Latvia" aus Amerika vier Kisten angekommen, die ein großes astronomisches Fernrohr enthielten, das vom Observatorium der Vereinigten Staaten Polen geliehen worden ist. Zur Entgegennahme war der Direktor des Observatoriums in Krakau, Professor Banachiewicz, nach Danzig gekommen.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

*** Interparlamentarische Handelskonferenz in Prag.** In Prag wurde am Montag die interparlamentarische Handelskonferenz, an der etwa 130 Delegierte aus 20 Staaten teilnehmen, vom Minister Venedik durch eine Rede eröffnet, in der er u. a. ausführte, der Wiederaufbau Europas verlange nicht nur die Wbung großer materieller Kräfte, sondern auch die moralische Umbildung der einzelnen Völker.

*** Neue Rechnungseinheit in Ungarn.** Der Verband ungarischer Banken hat der Regierung vorgeschlagen, als stabile Rechnungseinheit für Bankanlagen den "Tulcs", d. i. ein Fünftel Dollar einzuführen, also etwa einer Goldkronen entsprechend. Die Banken würden sich verpflichten, ihre Einlagen und Kredite in dieser Währung abzuschließen.

*** Die Preise für Stickstoffdüngemittel sind nach dem "Verl. Tagebl." für das Kilogramm Stickstoff wie folgt neu festgesetzt worden: Schwefelsaures Ammoniak 9300 M., salzaures Ammoniak 9300 M., Ammoniumsalpeter 9800 M., Kaliammoniumsalpeter 9300 M., Natriumsalpeter 11000 M., Kaliflasstoff 8300 M. Diese Preise gelten für alle vom 24. Mai 1923 ab zur Absendung gelangenden Mengen bis auf weiteres. Die dem Stickstoff-Syndikat bis einschließlich 23. Mai zugegangenen Aufträge, deren Gegenwert bis zum 23. Mai im Preis des Syndikats ist, werden noch zu den Preisen ausgeführt, welche am Tage des Geldeinganges Gültigkeit hätten. Die neuen Ammonialpreise erreichen bei dem heutigen Stande der Mark noch nicht die Hälfte des Preises für Stickstoff im Chilealpeter.**

Verkehr.

*** Große Eisenbahn-Kredite in Polen.** Das polnische Eisenbahministerium fordert im Staatshaushaltplan bedeutende Kredite für Um- und Neubau, so unter anderen 32 Milliarden zum Umbau des Warschauer Knotenpunktes, 42 Milliarden für den Bau von Eisenbahnverstärkungen, davon allein 16 Milliarden für den Bau einer einzigen Werkstatt in Warschau. Ferner ist der Bau neuer Stationen, Tunnels und Unterführungen vorgesehen. Die Hauptkredite werden jedoch für die Ergänzung des Eisenbahnverkehrs, so für den Ankauf von 14 000 Waggons, darunter 7000 aus dem Auslande, 200 Milliarden Mark, für neue Lokomotiven 150 Milliarden und für den Neubau von Eisenbahnlinien 30 Milliarden.

Wirtschaft.

*** Gründung einer Häuserbaugenossenschaft.** In Posen ist von Staatsverwaltungsbüroamten eine Häuserbaugenossenschaft ins

Leben gerufen worden. In der Organisationsversammlung wurde ein aus drei Personen bestehender Vorstand und ein Aufsichtsrat gewählt, zu dessen Vorsitzenden die Versammlung den Posener Appellationsgerichtsbeamten Midański wählte. Der Mitgliederanteil ist auf 100 polnische Golds festgelegt worden.

*** Preußische Landespostbriefanstalt in Berlin.** Die Einführung der Preuß. Pfandbriefe der Preußischen Landespostbriefanstalt an der Berliner Börse wird durch die Preußische Staatsbank (Seehandlung), die im Verein mit den Großbanken den Betrieb der Pfandbriefe übernommen hat, in den nächsten Tagen erfolgen. Der Ausgabezeitraum steht sich zurück auf 98 v. H. Die Anstalt hat die Aufgabe, hypothekarische Darlehen zur Herstellung von Klein- und Mittelhäusern zu gewähren.

Von den Aktiengesellschaften.

*** Edward Kręglewski in Posen T. A.** beruft eine Generalversammlung auf den 8. Juni d. Js. um 12 Uhr mittags nach dem Saal der Bank Związku in Posen, Plac Wolności 15.

*** T. A. "Palwin", Branntweinbrennerei in Posen I. ist** sich auf und überträgt ihre Objekte der Firma Gorzelnia Wypianek Winnych, T. z o. p. Ansprüche an die Aktiengesellschaft sind bis zum 31. d. Mts. bei dem Biquidator, Herrn St. Stefanowicz ul. Rzezycypospolitej 11, anzumelden.

*** T. A. "Homson" in Kostrzyn erhöht** ihr 7 Millionen Mark betragendes Aktienkapital um weitere 30 Millionen auf 37 Millionen durch Ausgabe von Aktien IV. Em. zu folgenden Bedingungen: 2. Die bisherigen Aktionäre erhalten für jede Aktie im Nominalwert von 1000 M. der früheren Emmission Aktien der neuen Emmission im Nominalbetrag von 4000 M. zum 220 v. H. 2. Die Aktien IV. Em. haben Anteil am Reingewinn vom 1. Januar 1923. 3. Aktionäre, die Aktien IV. Em. erwerben wollen, müssen bis zum 1. Juni die in ihrem Besitz befindlichen Aktien früherer Emmissionen im Wydział Udziałów Konsorcjalnych der Bank Związku, ul. Rzezycypospolitej 11, in den Dienststunden vorlegen und die erforderlichen Gebühren zahlen.

*** Mühle und Sägemühle Debienko bei Stenschewo.** In der letzten Generalversammlung wurde beschlossen, das Kapital von 10 Mill. auf 50 Mill. Mark zu erhöhen. Und zwar: 30 Mill. Mark zu 400%, ½ Mill. Mark zu 250%. 4 Mill. Mark zu 600%, ½ Mill. Mark zu 550% (Namensaktien mit mehrfachen Stimmrechten). Die Abschreibungen waren sehr reichlich. Sie betragen 6 Mill. Mark. Es verbleibt alsdann noch ein Reingewinn von 9½ Mill. Mark. Die Dividende wurde auf 50% festgesetzt. Der Rest wurde für Tankstelle, Gratifikationen, weiterer Stärkung der Reserven verwendet.

*** Cortex, Vereinigte Danziger Korkfabriken A.-G.** Die Danziger Korkindustrie G. m. b. H. und "Kortis" Korken- und Korkwarenfabrik haben ihre Betriebe zusammengelegt und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt voraussichtlich 48 000 000 Mark. Der Aufsichtsrat besteht aus dem Vorsitzenden: Fabrikdirektor Konrad Lüdtke, Banddirektor Kortum, Direktor Honisch und Dr. Steinberger. Der Vorstand besteht aus den Herren: Paul Woyvod und Josef Kastner.

Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

Chemikalien. In Warschau wurden pro Kilo 100 Warschau mit Verbädung notiert: Chromalaun 8700, Antiochier 2500, türk. Öl 50 Prozent 7300, 45 Prozent 6800, Salmial in Stückchen 11 000, Chlorzinc 89 bis 100 Prozent 4700, Phosphatkäure 16 500, Glyzerin 28 Prozent 21 000, Schwefelkupfer 98 bis 99 Prozent 7500, Nitrozin 25 300, Bittersalz 680, Farben zu Verbrauchs Zwecken 55 000, Soda-wasser 840, Naftalin 4800, Terpentin 950.

Hölz. In Krakau wurden in Tausenden Mark notiert: Runde Eichenklöcke zum Bersägen pro hundert Kilo 250, Eichenklöcke für den Export zur Fourniersfabrikation 380, Eichenbretter, Tischlermaterial 650, Bretter zum Waggonbau 580, weiches Material (Tanne, Fichte) runde Klöcke zum Bersägen 180, Bretter, Baumaterial 280 bis 300, Tischlermaterial 400 bis 450, Ballen geschn. 280 bis 300, behauen 180, Grubenholz 120. Der Stillstand auf dem Holzmarkt dauert an. Der Export über Danzig funktioniert normal.

Lein. Im Wilnaer Gebiet und in den Ostmarken wurden notiert: Rohlfachs 185 000 pro Bud, halbgelopt 185 000 plus 30 Prozent, ganz gelopt 240 000 (15 000 pro Kilo). Gedehlfachs 150 000, 175 000 bis 180 000 (7000 bis 8000 pro Kilo). Hanf wurde in den Grenzmarken und den südlichen Wojewodschaften in mittlerer Gattung mit 150 000, in besserer mit 200 000 bei unzureichendem Angebot notiert.

Petroleum. Der Krakauer Petroleummarkt und der Petroleummarkt in Drohobycz unverändert.

Düngemittel. Pro 10 000 Kilo 100 Station Kasiusz ohne Verbädung netto Kassa ohne Diskont und Rabatt in Tausenden Mark: Kainit 1180, Borrasche 20 Prozent 2360, 21 Prozent 2478, 22 Prozent 2596, 25 Prozent 2980, 28 Prozent 3304, 30 Prozent 3840, 32 Prozent 3776, 34 Prozent 4012 und 35 Prozent 4180.

Wolle. Der Posener Wollmarkt unverändert.

Buden. Auf dem Danziger Börsemarkt macht sich ebenso wie in anderen Handelsgebieten eine gewisse Zurückhaltung bemerkbar.

Getreide. Der Umsatz auf der Lemberger Getreidebörsen am Mittwoch betrug ungefähr 50 Tonnen. Transaktionen mit Hafer wurden bei steigender Tendenz getätigt. Bei Kartgetreide und Hülsenfrüchten Mangel an Interesse. Sonst ist die Marktlage unverändert. Die Tendenz ist fallend. Es wurden in Tausend Mark notiert: Kleinpolnischer Hafer 135 bis 140, prima 142 bis 148.

Kurse der Pozener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien: 25. Mai 24. Mai

Wilecki, Boleski i. Sta. I-VII. Em. 7750-8000 8000

Bank Poznański I.-II. Em. . . . 18 000-15 000 15 000

Bank Przemysłowa I. Em. . . . 9000-7800-8700 10 000-8500

Bank Zw. Spółek Zarob. I.-X. Em. 17 000-16 500 17 000-16 500

Posz. Bank Handl. Poznański I.-VIII. 12 000 12 000

Pozn. Bank Biemian I.-V. Em. . . . — 3700

(o. Kupons) 1700

Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em. . . . 2000-1900 2000

Bank Mlynarz 1.-IV. Em. . . . 18 000-10 000 10 000

Bank M. Stadthagen-Boguszez I.-IV. Em. (exkl. Kup.) 10 000

Industriekästen: 8700

Arcena I.-IV. Em. . . . 8500-9000-8500

Bogusze Fabryka Mydeł I-II. Em. . . . 5500-5000

(o. Kup.) 7000-7600-7500

M. Bartłomiejski I.-IV. Em. . . . 55 000-57 000 —

Brzez. Auto I.-II. Em. . . . — 56 000

H. Cegielski I.-VIII. Em. (St. abgest.) 5000-6000-5500 10 000-9500

Centrala Rolnicza I.-VI. Em. . . . 4250-4200 4200-4250

Centrala Stör I.-IV. Em. . . . 17 000-16 000 19 000-20 000

Garbarnia Sawicki-Ovalenica I. Em. 4500 4500

C. Hartwig I.-V. Em. . . . 4100-4250-4200 4000-4400-4250

Hartwig Kantorowicz I. Em. . . . 40 000 40 000

Hurtownia Drogerii I.-III. Em. 1200 1200

Hurtownia Kwiaciarska I. Em. 1500-1750 1250-1500

Hurt. Skór I.-III. o. Kup. . . . 5400 5400

Hertzfeld-Viktoria I.-II. Em. . . . 27 000 30 000-28 000

Hurt. Spółek Spoźwyczów I.-II. Em. . . . 4000-4500

Juno I. Em. (o. Kupons) 7000 7000

Łubianka I.-II. Em. . . . 8000-10 000 8000-10 000

Łubianka Fabryka przem. ziemni. I.-IV. Em. 200 000 200 000

Dr. Roman Man I.-IV. Em. . . . 80 000-75 000 30 000-3500

Orient I.-II. Em. . . . 8500 7500-7800-7500

S. Bendoski I. Em. . . . 7300-7500 7500-8000

Blóine I.-II. Em. (exkl. Kupon) 8000-7750 20 000

Papiernia Budgoszez I.-III. Em. . . . — 8000

Patria I.-VII. Em. 7500-6750 8000

Posz. Spółka Drzewna I.-VI. o. Kup. 31 000-30 000 32 000-31 500

Spółka Stolarska I.-II. Em. . . . 25 000-30 000 —

(exkl. Kupon) 25 000-24 000 25 000

Amtliche Notierungen der Pozener Getreidebörsen

vom 25. Mai 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Sieierung.

Weizen 182 000-200 000 Roggenmehl 198 000-206 000

Roggeng. . . . 114 000-124 000 (inll. Süde)

Braunerste 100 000-104 000 Weizenkleie 60 000

Hafer 133 000-138 000 Roggenkleie 60 000</p